



Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft



*Karlsruher
Gespräche 1997*

**Petra Berges
Axel Bust-Bartes
Hermann Glaser
Wolfgang Kil
Reinhard Knodt
Rolf Kuhn
Ingrid Mielenz
Christian Neuhaus**

**Jürgen P. Rinderspacher
Caroline Y. Robertson-Wensauer
Bernhard Schäfers
Renate Schostack
Olaf Schwencke
Christiane Thalgott
Rotraut Weeber**

ISBN: 3-9805595-1-3

**Heft 2/97
Jahrgang 1**

**Aphorismen zu
STADT-ANSICHTEN**



Herausgeberin der Reihe: Caroline Y. Robertson-Wensauer

Herausgeber Heft 2/97 Jahrgang 1: Hermann Glaser

Redaktion: Elmar D. Konrad

ISBN: 3-9805595-1-3

© Interfakultatives Institut für Angewandte Kulturwissenschaft
Universität Karlsruhe (TH)
76128 Karlsruhe

Bezug: über obige Adresse





Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft

»APHORISMEN ZU STADT-ANSICHTEN«

Karlsruher Gespräche 1997 STADT-ANSICHTEN – Ein Vorwort <i>Caroline Y. Robertson-Wensauer</i>	X
Die prozessuale Stadt – Städtische Arbeits- und Lebenswelt <i>Hermann Glaser</i>	X
Schaut auf diese Stadt! – Wie Berlin versucht, sich zu verkaufen <i>Wolfgang Kil</i>	X
Stadtpolitik ist Verkehrspolitik – Verkehrspolitik ist Stadtpolitik <i>Wolfgang Neuhaus</i>	X
Stadtbilder <i>Renate Schostack</i>	X
Regiopolis – Telepolis <i>Christiane Thalgott</i>	X
Regionalparks als strategische Bausteine einer nachhaltigen Stadt- und Freiraumentwicklung <i>Petra Berges</i>	X
Industrielles Gartenreich <i>Rolf Kuhn</i>	X
Wohnen	X



Rotraut Weeber

Stadt-Ansichten am Wochenende – Zwischen Stadt-Sucht und Stadt-Flucht X
Jürgen P. Rinderspacher

Schlaf-Safe: Über Gastlichkeit im technischen Raum X
Reinhard Knodt

„Ach Kultur...“ X
Olaf Schwencke

Stichwort Arbeitsbeschaffung X
Axel Bust-Bartels

STADT Ansichten – Einsichten – Aussichten X
Ingrid Mielenz

Kommunitarismus X
Bernhard Schäfers

Über die Autorinnen und die Autoren X



Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft

**APHORISMEN
ZU
STADT-ANSICHTEN**



Karlsruher Gespräche 1997 STADT–ANSICHTEN – Ein Vorwort –

Caroline Y. Robertson-Wensauer

Im Februar 1997 veranstaltete das Interfakultative Institut für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe (TH) zum ersten Mal die *Karlsruher Gespräche*. Unter der Leitung und Konzeption von Professor Dr. Hermann Glaser sowie mit Unterstützung der Landeskreditbank Baden-Württemberg widmeten diese sich dem Thema STADT–ANSICHTEN. Der Kongreß sollte die Thematik auf diskursiv-reflektierende und ästhetisch-künstlerische Weise angehen. Dies entspricht einem Grundprinzip angewandter Kulturwissenschaft: nämlich der sinnlichen Erschließung von Gedankenräumen. Bei den *Karlsruher Gesprächen* handelte es sich nicht um eine Fachtagung zu Spezialfragen. Es ging vielmehr um einen generalistischen Überblick des Problemfeldes STADT, wobei deren historische Entwicklung, die aktuelle Situation und die zukünftigen Chancen und Gefahren behandelt wurden. Die Methodik der *Karlsruher Gespräche* sollte von der üblichen Verfahrensweise solcher Veranstaltungen abweichen, nicht nur hinsichtlich der Hereinnahme künstlerischer Elemente wie einem Einführungsabend, einer Filmnacht und einer Lesung mit Musik, welche in Zusammenarbeit mit dem Kulturzentrum TOLLHAUS, dem Freundeskreis Schauburg e.V. und dem Badischen Staatstheater Karlsruhe realisiert werden konnten, sondern auch, was den Ablauf des analytischen Teils betrifft. Die Prämissen der ersten *Karlsruher Gespräche* zum Thema STADT–ANSICHTEN waren deshalb von vorneherein – und dies machte einen gewissen experimentellen Charakter der Veranstaltung aus – gegenläufig zu dem gesetzt worden, was man von einem Kongreß üblicher Weise erwartet. Es ging nicht nur um Vertiefung, sondern auch um Oberflächenreiz, nicht nur um systematische Darlegung, sondern auch um impressionistische Standortfixierung und vornehmlich nicht nur um Abstraktion, sondern auch um narrative, emblematische Kurz–Statements beziehungsweise minimalistische Fallstudien. Die *Karlsruher Gespräche* sollen durch Anregung des gesellschaftlichen Dialogs – Austausch zwischen Kultur, Praxis und Wissenschaft – das Aufbrechen von Verkrustungen fördern und die Suche nach neuen Wegen und Erkenntnissen aufzeigen.

Am interdisziplinär ausgerichteten Interfakultativen Institut für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe (TH), an dem derzeit 13 Fachbereiche aus 7 Fakultäten vertreten sind, sieht man neben dem Begleitstudium, das allen Studierenden offensteht, ein Hauptaufgabe darin, im Rahmen einer „Öffentlichen Wissenschaft“ eine Brückenfunktion zwischen Stadt/Raum Karlsruhe, Wissenschaft und Gesellschaft zu erfüllen und diese weiter auszubauen. Ebenso soll eine Diskussions- und Dialogplattform zur Darstellung sowie für den Austausch von Positionen aus den Kultur-, Natur- und Technikwissenschaften bereitgestellt werden. Aus diesem Grunde wurde die Publikationsreihe *Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft* konzipiert. Im



Frühjahr 1997 erschien dem Heft 1 zum Thema „Aspekte aus Wissenschaft und Praxis“.

Die Reihe beabsichtigt, Differenzen und Gemeinsamkeiten des interdisziplinären kulturwissenschaftlichen Diskurses aufzuspüren. Probleme und Erfahrungen aus benachbarten Disziplinen, Stellungnahmen aus der Praxis sowie die Gegenüberstellung mit relevanten Entwicklungen aus der internationalen „scientific community“ sollen berücksichtigt werden. Im Sinne einer Werkstatt des kontinuierlichen Austausches und in der Tradition eines möglichst breit angelegten Diskussionsforums sollen vorwiegend kurze Beiträge und „unfertige“ Gedankenanstöße hier ihren Platz finden. In diesem Sinne wird zum konstruktivem Streit eingeladen. Gegenmeinungen, Ergänzungen und Kommentare sind ausdrücklich erwünscht!

Die *Karlsruher Gespräche* und die *Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft* haben in ihrer Konzeption und ihrem Anliegen einen gemeinsamen Ausgangspunkt und Vermittlungsanspruch und es liegt somit nahe, daß die Beiträge und Texte der Referenten der ersten *Karlsruher Gespräche* in einer Ausgabe veröffentlicht werden. Die vorliegende Ausgabe „Aphorismen zu STADT–ANSICHTEN“ soll jedoch nicht nur als Protokollierung eines wissenschaftlichen Kongresses verstanden werden: Der inter- und transdisziplinäre Austausch soll im Rahmen dieser Aktivitäten kontinuierlich weiter geführt werden und dem öffentlichen Diskurs als Anstoß dienen.

Die prozessuale Stadt – Städtische Arbeits- und Lebenswelt –

Hermann Glaser

„Prozessuale Stadt“ könnte man geradezu als einen Pleonasmus bezeichnen: denn eine „stillstehende“ Stadt, eine Stadt ohne „Verlauf“, „Ablauf“, „Hergang“, „Entwicklung“ stellt einen Widerspruch in sich selbst dar. Die Stadt als Verdichtung von Leben und Arbeit (Lebens- und Arbeitswelt) ist notgedrungen oder willentlich „in Bewegung“. Die Kulturgeschichte der Stadt zeigt jedoch, daß dies nicht mit Expansion verknüpft sein muß; die mittelalterliche Stadt zum Beispiel ist durch eine „statische Größe“ charakterisiert. Mit der Renaissance folgt ein wirtschaftlicher Innovationsschub, der städtische Ausweitung, auch eine wesentliche Zunahme der Bevölkerungszahlen mit sich bringt. Rasantes Wachstum prägt die Industriestadt des 19. Jahrhunderts – mit all den damit verknüpften sozialen und infrastrukturellen Problemen. Heute läßt uns die explosionsartige Ausweitung der Städte der dritten Welt und der Schwellenländer, bei entsprechender Landflucht, von einer „Zeitbombe Stadt“ sprechen; die Prozesse, die sich hier vollziehen, sind kaum mehr steuerbar; die „kritische Masse“ ist längst erreicht.

Eine urbanistische „Philosophie“, die sich auf den Zustand der augenblicklichen europäischen, vornehmlich deutschen Stadt bezieht, könnte prozessuales Stadtgeschehen als einen Wechsel von Verwandlung und Dauerhaftigkeit, Vielfalt und Einheit, als Förderung des Werdens und Pflege des Gewordenen begreifen. Nach einem Wort von Paul Valéry ist der Mensch vor allem durch Chaos und Ordnung gefährdet. Als positive Antwort darauf müßte Stadtplanung Chaos und Kosmos miteinander verbinden, den „Chaosmos“ anstreben. Diese „Mischung“ ist für Urbanität besonders zuträglich, da sie Spielräume für Optimierungsverfahren gibt und eindimensionale, zu frühzeitige Festlegungen verhindert. Der „offenen Gesellschaft“ entspricht die (z.B. nicht zubetonierte) „offene Stadt“. Im Sinne Hegels könnte man auch von der „aufgehobenen Stadt“ sprechen: aufheben (= bewahren), aufheben (= überwinden), aufheben (= höherbringen).

Was dies etwa konkret bei der Denkmalpflege bedeutet, wäre immer wieder mit architektonischer Kreativität zu erproben. Natürlich ist es sehr schwierig, Geschichtsprozesse in Bauten festzumachen; doch stimmt es bedenklich, wenn eine der schlimmsten historischen Eingriffe in die deutsche Stadt, die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges, sich kaum mehr in der heutigen Stadt – zumindest in den westlichen Bundesländern – ablesen lassen; Erinnerungsarbeit hätte den Mut aufzubringen, das Unangenehme, Schlimme, „Bedenkliche“, in welcher Form auch immer (z.B. als Zitat), gegenwärtig zu halten. Für die prozessuale Stadt spielen Systole und Diastole eine große Rolle: am Morgen das Einpendeln, am Abend das Auspendeln. Die Dominanz der Stadt in Deutschland und Europa für „Handel und Wandel“ ist jedoch zurückgegangen, ihr „Herzschlag“ verlangsamt. Die notwendigen Informationen stehen auf digitalen Wegen überall zur Verfügung; die telematische Kommunikation ist ortsunabhängig.



Polyzentrische Industrieansiedlungen bieten vielerlei Vorteile – von der günstigeren Gewerbesteuer bis hin zu zügigeren Anfahrtswegen bei der Just-in-time-production. Insgesamt ist also Peripherisierung, die auch eine engere Verknüpfung von Wohnen und Arbeiten ermöglicht, ein Entwicklungstrend, der ein verstärktes regionales infrastrukturelles Denken und Handeln notwendig macht. Im besonderen wird es darum gehen, das Zerfließen der Stadtränder zu vermeiden, die z.B. die in den USA deutlich erkennbare Interdependenz von Profitopolis und Megalopolis zu vermeiden. Die „Monadologie“ der postmodernen Kulturlandschaft bedarf, damit Lebensqualität nicht nur erhalten, sondern verstärkt wird, der Gleichgewichtigkeit in überschaubaren Einheiten und des Miteinander sinnvoll lokalisierter Zweckbestimmungen. Dabei geht es nicht nur um Zukunftsplanung, sondern auch – und oft vornehmlich – um die Überwindung vergangener Fehlentwicklungen. Das Projekt „Emscher Park“ und das (freilich zunächst nur als Idee entwickelte) landschaftliche Meliorationsvorhaben „Industrielles Gartenreich“ des Bauhauses Dessau weisen da in eine hoffnungsvolle Richtung.

- Die Internationale Bauausstellung „Emscher Park“ ist unter den Beispielen integrierter Landschaftsgestaltung wohl das größte, bekannteste und bereits am konkretesten entwickelte Projekt. Raumhalden, vergiftete Böden, verlassene Industrieanlagen, durchzogen von eingedeichten, einbetonierten, eingezäunten, versiegelten Flüssen und Bächen (insgesamt 356 km lang), die zu Kloaken geworden sind, bestimmen eine vom Wirtschaftswunder ruinierte Region. Das Strukturprogramm „Emscher Park“ des Landes Nordrhein-Westfalen (seit 1989) soll in Form eines ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Umbaus (auf etwa 25 Jahre angelegt, mit Kosten von 8–10 Milliarden DM) den Kohlenpott „aufforsten“. „Das Hauptthema steckt schon im Namen und lautet ‘Park’. Man spricht von Gewerbe-, Technologie-, Handwerker- und Wissenschaftsparks und meint ohne euphemistische Hochstapelei genau das, eine neue Übereinkunft mit der Landschaft. Und natürlich ist damit auch der ganze Flickenteppich der fünf, sechs regionalen Grünzüge gemeint, der nun mit Nachdruck zu einem miteinander verknüpften, mit vielerlei Wegen erschlossenen, von Hindernissen befreiten Landschaftspark zusammengefügt werden soll.“ (Manfred Sack).
- Mit dem kulturellen Langzeitprojekt „Industrielles Gartenreich“ will das Bauhaus Dessau den historischen und aktuellen Modernisierungsprozeß in der Region Dessau, Bitterfeld, Wittenberg voranbringen. (Die Expo 2000 in Hannover wäre gut beraten, wenn sie sich dafür – als Außenprojekt – besonders engagieren würde.) Die eigenwillige Formulierung will der fatalen Zerstörung von Landschaft durch Industrialisierung, vor allem Braunkohleabbau (Bitterfeld) mit einem Zukunftsmodell entgegentreten, das an den Wörlitzer Park (das Wörlitzer Gartenreich), den „Aufklärungsgarten aus dem 18. Jahrhundert mit seiner umfassenden, Bildungswesen, Verwaltung, Militär, Straßenbau, Sozialfürsorge, Architektur, Kunst, Religion, Presse einbeziehenden philanthropisch intendierten Landschaftsplanung anknüpft. In Anbetracht des Endes der industriellen Arbeit und des Ausbeutungsgrades natürlicher Ressourcen in dieser Region geht es um die Entwicklung sinnvoller Arbeit, um die Regeneration der Gesamt-Landschaft. Forschung, Planung, Bildungsarbeit sollen bei der Initiierung von Kreisläufen, in denen ökologische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklungen ineinandergreifen,

mithelfen. Ziel ist eine durch das Gleichgewichtsprinzip bestimmte kulturlandschaftliche Modellregion.“

Der Deutsche Werkbund hat sich stets bemüht, über die Alltagswelt hinausreichende ganzheitliche Visionen bzw. sinnlich erfassbare Utopien zu entwickeln; mit großer Sensibilität hat er die Gefährdungen humaner Umwelt und Gesellschaft vorausgesehen und sich eingemischt – freilich oft, umgeben von „Ignoranten und Wahnsinnigen“, vergeblich. So thematisierte bereits 1959 der Werkbund-Tag (in Marl) „die große Landzerstörung“. „Landschaft“ ist seitdem ein Schwerpunkt der Arbeit geblieben. In „Werk und Zeit/Perspektiven 1“ heißt es: „‘Die Landschaft ist das Gesetz’ – diese Maxime des Deutschen Werkbundes bereits aus den fünfziger Jahren gilt heute dringlicher als je zuvor, besonders im Verhältnis von Stadt und Region. Verbrauch der Landschaftsfläche und Beeinträchtigung der Boden- und Wasserqualität durch Wohnen, Gewerbe und Industrie, Verkehr und Infrastrukturen aller Art werden heute in Regionalverbänden mühsam und mit großem Zeitaufwand eingedämmt. Es wird aber nirgendwo in den großen Ballungsgebieten ökologisches Gleichgewicht, geschweige denn landschaftsgestalterische Qualität in der funktionalen und ästhetischen Zuordnung grüner und bebauter Flächen erreicht. Die Landschaft muß tatsächlich zum Gesetz werden, das Mindestanforderungen an Ökologie und Gestaltung garantiert. Die Instrumente der Landschaftsplanung, Bauleitplanung, Landschaftsschutz, Naturschutz sind keineswegs ausreichend. Die verbindliche Formulierung von Leitbildern, Zielen und Rahmenvorgaben für den Zusammenhang von Landschaft und Bebauung muß gesetzlich gefordert werden.“

Die Mehrdimensionalität des Begriffs „Landschaft“ gilt es zu begreifen, auch ihren – im Sinne von Friedrich Schillers Gedicht „Der Spaziergang“ – heuristischen Wert für den Enkulturationsprozeß der Menschheit: das Ineinandergreifen von Stadtlandschaft, Informationslandschaft, Kulturlandschaft, Naturlandschaft ... Deren Kartierung macht deutlich, mit welchen Problemen vernetztes Denken und Handeln konfrontiert ist:

- *Stadtlandschaft.* Die Manhattanization nimmt zu, die Fetischisierung von Skyline und luxuriösen Stadtkernen. Das stadtästhetische Design überdeckt die zunehmende Verslumung und Peripherisierung bzw. Ausgrenzung von Urbanität. Do the right thing – sozialer Gerechtigkeitssinn mit Lastenausgleich müßte dafür sorgen, daß die ein enormes Maß von Frustrationsaggressivität freisetzende zweigeteilte Stadt überwunden und der Kosmos Stadt wieder hergestellt wird; dieser lebt vom Netzwerk der Parzellen (versus „Block“) und der Nischen (versus Planifikation).
- *Informationslandschaft.* Die Überfülle der Daten macht deren Verarbeitung immer schwieriger. Die Elektronik erleichtert zwar die Bereitstellung umfassend verknüpften Wissens; aber superintelligente Maschinen nützen nichts, wenn subintelligente Menschen sich ihrer bemächtigen. Ohne Allgemeinbildung bleibt humane Zielfindung suspendiert. Versäumnisse bei der Beantwortung von Sinnfragen – warum und wozu tun wir was wie mit welchen Mitteln ... woher kommen wir, wohin gehen wir – befördert das Abgleiten in Mystizismen, Irrationalismen, in einen gleichschaltenden, Lösungen wie Erlösung suggerierenden Fundamentalismus.



- *Kulturlandschaft.* Auch bei gerechter Verteilung von Arbeit wird bei zunehmender Verwendung von Hightech das Ausmaß menschlicher Arbeit zurückgehen, freie Zeit zunehmen; wird diese nicht in Freiheit genützt, erweist sie sich als Quelle gefährlicher, psychosomatisch sich auswirkender Fehlentwicklungen. Das freigesetzte triebdynamische Potential muß sublimiert, also „veredelt“ werden. Die Arbeits- und Freizeitgesellschaft bedarf der Tätigkeitsgesellschaft als ausgleichendem Faktor. Ein erweiterter Kulturbegriff ist insofern identitätsstiftend, als er eine postmoderne Vita activa anstrebt. Kommunikation, Kreativität, Inspiration ermöglichen es dem Menschen, aus seiner Vereinzelung und angstbesessenen Isolierung herauszutreten und sich im Bunde mit anderen zu verwirklichen. „Kulturlandschaft“ lokalisiert humane Betätigungsmöglichkeiten in Form einer vielfältigen und anregenden Infrastruktur.
- *Naturlandschaft.* Jenseits der Romantisierung von Natur, die sich als ein Produkt von Kultur- und Zivilisationsmüdigkeit erweist, wird man in der Bezähmung von Natur eine große menschliche Leistung sehen können. Natur wird in Kulturlandschaft verwandelt; in dieser waltet nicht Darwinismus (Sozialdarwinismus); Ziel ist der Garten als terre des hommes.

Die realutopische Kulturlandschaft ist im Sinne Ernst Blochs „Heimat“: Territorium für Seinsgewißheit, da der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch in Ruhe sich selbst erfaßt und das Seine ohne Entäußerung in realer Demokratie zu begründen versucht. Das (real)utopische Denken hat den Nachteil, daß es als Projektion und Projekt (projectum: das Vorausgeworfene) nicht auf empirische Ergebnisse zurückgreifen kann, also vage bleibt. Es hat den Vorteil, daß es Ziele vorgibt, ohne die man sich nicht auf den Weg machen würde. Dabei ist das Experiment besonders wichtig: es klärt im Vorgriff ein Stück Zukunft konkret auf und ermöglicht so die Verifikation und Falsifikation utopischer Ansätze, verhindert zugleich, daß diese von unprüfbarem Dogmatismus und verabsolutierender Ideologie usurpiert werden. Die postmoderne Kulturlandschaft als Territorium für reale Arbeits- und Lebenswelt muß so gestaltet sein, daß sie Wohlbefinden und Wohlfahrt ermöglicht. Bezogen auf die neue Produktionsphilosophie CAM (computer-aided-manufacturing) bedeutet dies, daß eine Qualifikation vorhanden ist, die jenseits von Drill und Dressur steht, also den Taylorismus überwunden hat. Wirtschaft und Industrie bedürfen einer Mitarbeiterschaft, die stark motiviert ist (corporate identity) und über ein hohes Potential an Kreativität, Diagnosefähigkeit und entscheidungsfroher Ich-Stärke verfügt. Angesichts der Komplexität moderner Maschinerien und Apparaturen sowie infrastruktureller Verflechtungen spielt das „Prinzip Verantwortung“ eine große Rolle. Jede Sorglosigkeit oder Gleichgültigkeit („Verantwortungslosigkeit“) führt innerhalb „elaborierter Systeme“, aus denen sich die moderne Gesellschaft zusammensetzt, zu erheblichen Gefährdungen. (Bei einem Fuhrwerk, das einen Radbruch erleidet, ist der Schaden wesentlich begrenzter als bei einer Fehleinschätzung im Cockpit oder Laboratorium – um zwei wichtige Topoi hochkomplexer Systeme stellvertretend zu benennen.)

Bei dem heute notwendigen Qualifikationsprofil – eine Trias, ein Ineinandergreifen von Spezialqualifikation, Schlüsselqualifikation und soziokultureller Kompetenz – kommt dem

Wohlbefinden der Menschen, ihrem Behagen in der Kultur, eine wesentliche Bedeutung zu. Die „libidinöse (Arbeits-)Moral“, ohne die eine moderne Industrie- und Wirtschaftswelt ihren inneren Kern verlöre, ist keine Angelegenheit von Ausbildung, sondern Ergebnis einer sozial, wirtschaftlich, kulturell geprägten Lebenswelt. Der Bericht der „MIT-Commission on Industrial Productivity“ (Massachusetts Institute of Technology) „Die Krise der USA. Potential für neue Produktivität ‘Made in America’“ fordert eine „Weltbürger-Mentalität“ für die amerikanische Wirtschaft, die wesentlich von der Qualität der urbanen und regionalen Infrastruktur abhängig sein dürfte.

„In Zukunft wird der effektive Einsatz neuer Techniken erfordern, daß die Menschen ihre Fähigkeiten, zu planen, zu urteilen, zu kooperieren und komplexe Systeme zu analysieren, anwenden und zunehmend schulen. Dabei werden die Arbeitnehmer auch mehr Verantwortung für die Organisation des Fertigungsprozesses übernehmen müssen. Sofern es der US-Industrie gelingt, diese Chance zu nutzen, dürften die Beschäftigten im Beruf eine neue Dimension der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit erleben, die nicht nur mit Steigerung der Produktivität zu tun hat, sondern auch das persönliche Wohlbefinden erhöht. Sollte sich diese Vision des ‘Wirtschaftsbürgertums’ realisieren, würden Arbeiter, Manager und Ingenieure ständig auf allen Gebieten weiterlernen, um ihre Technik zu beherrschen, ihren Arbeitsbereich zu gestalten und die Ziele des Unternehmens mit zu beeinflussen. Die Arbeitnehmer würden nicht mehr behandelt wie Rädchen in einem großen, unpersönlichen Getriebe. Vielmehr verwandelten sie sich aus unternehmerischer Sicht von einem bloßen Kostenfaktor in eine wertvolle Anlage, die erhalten und gepflegt werden muß. Das neue ‘Wirtschaftsbürgertum’ kann die Beziehungen zwischen den Unternehmen, ihren Beschäftigten und der Technik verändern, so daß Lernen – besonders am Arbeitsplatz – eine neue Bedeutung gewinnen wird. Um die Integration neuer, sehr variabler Fertigungstechniken zu erleichtern, müssen die Arbeitnehmer mehr Zuständigkeiten und mehr Verantwortung erhalten. Seitens der Unternehmer kommt es vor allem darauf an, sich stärker um ihre Beschäftigten zu kümmern, da von diesen in Zukunft auch viel mehr erwartet wird.“

Die moderne Industriegesellschaft wird immer mehr aus „Cockpits“ heraus geleitet und „moderiert“. Die enorme Zunahme im Informations- und Datenbereich bedeutet, daß der Spezialqualifizierte von immer weniger immer mehr weiß. Der Horizont des Fachmanns wird zunehmend enger – man denke etwa an die Spezialisierung im Medizinbereich. Es ist nicht übertrieben, von „Scheuklappenwissen“ und Fachidiotie zu sprechen. Dies kann man ausgleichen – zumal die elektronische Datenverarbeitung „Gedächtnis“ entlastet –, indem man die Fähigkeit zur Orientierung verstärkt, also „weltbürgerlichen Generalismus“ fördert. Der Spezialist muß sich von seinem Subsystem lösen und „Ganzheit“ ins Auge fassen können. Natürlich kann er dabei nur „Wesentliches“ erfassen; er darf sich nicht erneut ins Detail verlieren. Man kann dies auch Allgemeinbildung, „philosophische“ Bildung, axiomatische Bildung nennen. Aus solchen Überlegungen heraus stellt der Baden-Württembergische Landesforschungsbericht von 1987 fest: „Da, wo die mechanistische Industriegesellschaft ihr Heil suchte im Zerlegen, Reduzieren, Analysieren und Spezialistentum, wird die kommende Informationsgesellschaft, stimuliert und unterstützt durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, der ganzheitlichen, systemgerichteten, generalistischen Vorgehensweise den Vorrang geben. Der Spezialist wird mehr Platz machen müssen für den Generalisten.“ Die prozessuale Stadt und Region wird in zunehmender Einseitigkeit mit einem telematischen Dorado gleichgesetzt – ausgerichtet am Bild



des im Cyberspace geschickt navigierenden „neuen Menschen“. Wir sollten jedoch, meint Albert Speer in einem Aufsatz über die „intelligente Stadt“ („Zur Regiopole des 21. Jahrhunderts“), nicht den gleichen Fehler wiederholen, an dem die Moderne zu Anfang dieses Jahrhunderts letztendlich gescheitert sei; sie habe die Schaffung eines „neuen Menschen“ propagiert, der rational agiere und ohne Gefühle und Bindungen an die Geschichte das neue Zeitalter mit einer neuen Architektur und Lebenswelt akzeptiere. Doch sei die Stabilität der menschlichen Grundeinstellungen und Bedürfnisse generell, bei aller Anpassungsfähigkeit an Veränderungen, bedeutend stärker als die Propheten der Moderne meinten.

Auch der Bewohner von Telepolis werde als neuer Mensch vorgestellt. „Er lebt, arbeitet und erholt sich in einer virtuellen Welt, die irgendwo und nirgends sein kann. Er ist ungebunden und findet seine Freunde über die Knoten im elektronischen Netz. Er telehopt und telebankt, er studiert an der Tele-Uni, er stellt sich virtuell in die Tempel von Angkor oder vor die ‘Nachtwache’ von Rembrandt. Er kommuniziert über Video und mit E-Mail, veranstaltet Videokonferenzen und liest ‘Focus’ über CD-Rom. Er ernährt sich von Pillen und Astronautenfood, nur richtiges Wasser muß er noch trinken. Vergessen sind das soziale Umfeld und die gesellschaftliche Verantwortung. Vergessen sind die persönlichen Begegnungen und Bindungen. Lange wird der alte Mensch es nicht aushalten, nur einen Teil seiner Sinne zu benutzen, und er wird frustriert wieder aussteigen. So kehrt er zurück in die reale Welt der fünf Sinne, der Begegnungen und der Erlebnisse der Stadt mit ihren besonderen Gerüchen, Lauten, ihrem Lärm, ihren Farben, Bäumen, Blumen, Plätzen, Straßen und Gebäuden.“ Bei der Entwicklung und Weiterentwicklung der prozessualen Stadt bzw. Region wird es darauf ankommen, Verfahren zu finden, bei deren Organisation und Finanzierung ganzheitliche (vernetzte wie vernetzende) Vernunft zur Geltung kommt. „Die Management-Aufgabe der Zukunft ist die Organisation von Prozessen zur Konsensfindung. Dies ist in den politischen und gesellschaftlichen Strukturen Europas schon schwierig genug zu erreichen, wie die ausufernde Bürokratie der Europäischen Gemeinschaft uns vorexerziert. In den amerikanischen, asiatischen oder afrikanischen Strukturen ist das nur denkbar, wenn Vorbilder aus Europa die sustainable City (die ökologisch dauerhafte Entwicklung der Stadt) vorgelebt haben.“

Der ganzheitliche Vernunftbegriff ist ein solcher der Synthesis; analytische Vernunft, in jeweiligen Subsystemen hohe Effizienz und Perfektion ermöglichend, bedarf als Pendant rhizomatischen Denkens, das die „organisch“ miteinander verbundenen Geflechte und Netzwerke der Wirklichkeit behutsam bedenkt. Okkasionelle Vernunft – auf die „Gelegenheit“ des Augenblicks, das Gegenwärtige, bezogen – muß durch historische Vernunft, vor allem auch durch antizipatorische Vernunft (wie sie schon vor Jahren der „Club of Rome“ annahnte) „relativiert“ werden. „Global denken und lokal handeln“ ist nach wie vor ein wichtiger Grundsatz – jedoch nur als Teil einer „Mehrfachwahrheit“. Es kommt gerade heute auch darauf an, lokal zu denken, d.h. von der jeweils ganz spezifischen „örtlichen“ Arbeitswelt und Lebenswelt auszugehen und von dort auf „Globalität“ zu transzendieren. So hat z.B. der Klein- und Mittelbetrieb, abgesetzt von den Großstrukturen der Wirtschaft, eine sehr gute Chance, sich nicht nur zu behaupten, sondern zu reüssieren – zumal sein „Informationsniveau“ mit Hilfe des PCs dem allgemeinen Standard entspricht. Er domiliziert in einer „Nische“, die sich durch vielfältige Symbiosmöglichkeiten auszeichnet; er kann aber auch gut auf der sich ins Weite erstreckenden Datenautobahn vorankommen. Michael J. Pior / Charles F. Sabel prognostizieren

sogar ein Ende der Massenproduktion. Wir lebten heute in einer Zeit, in der sich zum zweiten Mal in der Geschichte der Industriegesellschaften ein Scheideweg auftäte. Es gäbe heute zwei ganz entgegengesetzte Strategien, auf die Krise der entwickelten Industrienationen zu antworten. Die erste baue darauf, daß die Prinzipien einer auf Massenproduktion ausgerichteten Technologie weiterhin bestimmend blieben; dies aber würde eine ungeheuerliche Ausweitung des bestehenden Instrumentariums ökonomischer Regulierung erfordern. Die zweite Strategie würde eine entscheidende Abkehr von den bisher gültigen technologischen Prinzipien bedeuten und zurückführen zu jenen handwerklichen Produktionsmethoden, die am ersten industriellen Scheideweg unterlegen waren. Diese Strategie erforderte die Herausbildung von gesellschaftlich regulierenden Mechanismen und Instrumenten, die so sehr mit dem Stigma einer veralteten Ökonomie behaftet seien, daß sie für eine moderne Industriepolitik nicht in Frage zu kommen scheinen. „Und doch ist diese Strategie die einzige, mit der die Krise wirklich bewältigt werden könnte – eine Strategie, die auf die Regionalisierung des ökonomischen Handels und das zielt, was wir flexible Spezialisierung nennen.“ Damit würden jene Produktionsformen wieder Auftrieb erhalten, die man im Prozeß der Industrialisierung längst untergegangen glaubte: flexibel organisierte Kleinbetriebe, die einen individuellen Kundenkreis mit speziellen Produkten beliefern und sich rasch einer veränderten Nachfrage anpassen können. Der Leitgedanke sei sehr einfach – man denke dabei auch an Kultur-/Wirtschaftslandschaften wie die norditalienische Emilia Romagna oder Baden-Württemberg –: Statt die regionalen Strukturen der Technologie anzupassen, tat man das genaue Gegenteil: man paßt die Technologie der Region, in der man so etwas wie einen kollektiven Spezialisten sah, an.

Vernetzte und vernetzende Vernunft wendet sich gegen jeden weltanschaulichen wie technologischen Fundamentalismus als Verabsolutierung dogmatischer Einseitigkeit mit aggressiver Abwertung des jeweils „anderen“; sie bekennt sich zu einem konstruktivem Eklektizismus, der vielfältig Gutes (der humanen Entwicklung des Menschen dienend) zusammenzufügen trachtet. Schon 1927 hat Wassily Kandinsky mit seinem Aufsatz „Und“ dem Entweder-Oder eine künstlerisch inspirierte Absage erteilt. Kandinsky konstatiert als Veränderung soziokultureller Rahmenbedingungen und Ansprüche eine von unterirdischem Donner begleitete Umwälzung gegenüber dem 19. Jahrhundert. Dieses sei durch eine „mehr oder weniger ruhige Arbeit am Ordnen“, auf der Basis der Absonderung, Zerteilung, geprägt gewesen. „Die Spezialisierung wurde seit den ersten Fortschritten der Maschine von Nationalökonomen zum Ideal der Arbeitsordnung und der normalen Produktion gemacht: minimale Anstrengung und maximales Resultat. Jeder Arbeiter – manuell oder geistig – wurde zur äußersten Spezialisierung getrieben und wurde das, was man noch heute den Fachmann nennt.“ Die Spezialisierung habe nach einer Wahl, nach Zerteilung und Absonderung verlangt; auch der heutige Mensch stehe noch unter dem Zeichen Entweder-Oder. Diese zwei Worte reichten zur erschöpfenden Charakteristik des 19. Jahrhunderts, und wir hätten sie in unserer Zeit als Prinzip übernommen. Beispiele dafür würde jeder Tag auf allen Gebieten liefern – sei es Kunst, Politik, Religion, Wissenschaft usw. Doch diese Ordnung transzendiere auf eine neue: „Das 20. Jahrhundert steht unter dem Zeichen ‘Und’.“ Der wirklich revolutionäre Weg erweise sich als ein Weg der Evolution. Glattes Fließen und Stöße bildeten in der historischen Perspektive gewöhnlich eine gerade Schnur; der Aufbau der synthetischen Kunst spiegle dagegen die neue Tendenz. Zunächst entstehe eine theoretische Synthese, die dann der praktischen Synthese den Weg ebne.



Wissenschaftliche Hermeneutik und Systematik haben uns die kulturelle Fülle der Zeiten und Welten erschlossen; das Ungleichzeitige steht uns heute gleichzeitig, dank technischer Reproduzierbarkeit, zur Verfügung; Eklektizismus bietet die Chance, ideologisch-dogmatische Einseitigkeit zu verhindern; sie dekurvriert Entweder-Oder als regressive Philosophie von Dunkelmännern. Das soziokulturelle Postulat zielt auf eine im ästhetischen Staat beheimatete ästhetische Stadt, die an die Stelle ästhetisch-anästhetisierender Manhattanization (mit Festivalisierung) Wirklichkeit setzt; diese ist, was die soziokulturellen Rahmenbedingungen betrifft, vor allem durch die Quantität, Qualität und Kontinuität von Kleinereignissen bestimmt. Die neuen Leitbilder für eine prozessuale Stadt sind im Blick zurück nach vorn als Infrastruktur für Kommunikation, Sozialisation und Kreativität zu denken. Die kommunalpolitische Finanzmisere macht es im Augenblick sicherlich schwer, solch utopisches Bewußtsein in Gang zu halten. Theodor W. Adorno hat das notwendige „Dennoch“ trostreich, zu langem Atem auffordernd, artikuliert: „Das Verzweifelte, daß die Praxis, auf die es ankäme, verstellt ist, gewährt paradox die Atempause zum Denken, die nicht zu nutzen praktischer Frevel wäre.“

Theorie wie Praxis müssen eine neue Freude am anderen (seien es Personen, Sachen, Mentalitätsmuster) entwickeln; es ist an der Zeit, die binären Codes aufzuknacken und nach Code-Synthesen zu fragen, danach zu fahnden, wo diese heute schon erprobt werden. In diesem Sinne ist Robert Jungk jahrzehntelang auf der Suche nach Zukunftswerkstätten gewesen, in denen Code-Kombinationen, Code-Legierungen praktisches Handeln bestimmen. „Dafür ist das ‘Ästhetiklabor’, zu dem Gesellschaft längst geworden ist, nur ein Beispiel. Die Frage lautet (klassisch gesprochen): Wie kann Wahrheit mit Schönheit, Technik mit Kunst, Wirtschaft mit Politik usw. kombiniert werden? Welche Realitäten, Rationalitäten werden möglich, entstehen, wenn die kommunikativen Codes aufeinander angewendet, miteinander verschmolzen werden und dabei ein Weder-Noch, ein Drittes, Neues entsteht, das Neues ermöglicht und auf Dauer stellt?“ (Ulrich Beck)

Der soziokulturelle Möglichkeitssinn, auf „Und“-Strukturen zielend, bedarf einer Verwaltungsreform, die die Codes der einzelnen Ressorts, die bürokratischen Subsysteme zu überwinden vermag, bedarf der „Laboratorien der Zivilisation“, die dem common purpose – übrigens Name einer speziell kommunale Vernetzung evozierenden und inspirierenden englischen Stiftung – dadurch dienen, daß sie immer neue Lösungen simulieren und diskutieren. Die Handlungsverwaltung erreicht ihre Ziele rasch, aber auch rascher die falschen; die Verhandlungsverwaltung braucht länger, hat aber eine größere Chance, humane Innovationen zu bewirken. Die „Laboratorien der Zivilisation“ implizieren die Bejahung der „civil society“ (der „Zivilgesellschaft“) – als Versuch einer Antwort auf die Frage, „wie ein sozial übergreifender Wertzusammenhang beschaffen sein kann, der einerseits durch neue Formen der gesellschaftlichen Solidarität den destruktiven Tendenzen einer weiteren Individualisierung entgegenwirkt, ohne andererseits dem radikalen Pluralismus liberaler Gesellschaften zuwiderzulaufen.“ (Axel Honneth)

Semantisch-etymologisch gehören „zivil“ und „Zivilisation“ (lateinisch: civilis) zu dem Stammwort „civis“ (Bürger). Der Zivilist – im 19. Jahrhundert derjenige, der nicht Soldat oder

Uniformträger war – erweist sich als Mittelpunkt der „Zivilisation“, der Gesamtheit der durch den Fortschritt von Wissenschaft und Technik geschaffenen bzw. verbesserten Lebensbedingungen, als Repräsentant und Promotor der Lebensverfeinerung und ästhetisch-ethischer Gesinnung wie Gesittung. Die Regeneration des Begriffs „Zivilisation“ transzendiert auf Kultur, während der Begriff „Kultur auf Indifferenz“ – mit Odo Marquard könnte man sagen „Farbigkeitsbedarfsdeckung“, „Inkompetenzkompensationskompetenz“ – regrediert. Der „Citoyen“ („civis“), in Gegenposition zum Bourgeois, ist „Bildungsbürger“ in einem emanzipatorischen Sinne, mit der Herkunft aus der Zeit der Befreiung des „dritten Standes“, da dieser seine universalistischen Forderungen auf Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit erhob.

„Civil society“ erweist sich als Projektionsbegriff für neue politische und gesellschaftliche Hoffnungen. Einerseits hat die Linke ihre tiefsitzende Distanz zur real existierenden Demokratie bislang nicht überwinden können bzw. durch normative Aufladung des idealtypischen Demokratiebegriffes ihre Enttäuschungen und Frustrationen selbst produziert; andererseits bewirkt die Hybris der repräsentativen Demokratie mit ihrer Skandalanfälligkeit, Ideenlosigkeit, Mißachtung antizipatorischer Vernunft und metapolitischen wie metawirtschaftlichen Bedürfnisse Distanz bei dem Teil der Gesellschaft, der sich von den goldenen Fesseln der smarten Lebensstile zu befreien sucht und die Sinnfrage im Namen des Wertewandels wichtig nimmt. Die „civil society“ könnte als dritter Weg sich absetzen sowohl vom linken Dogmatismus als auch von liberal-demokratischer Seelenlosigkeit. Soll mit „Zivilgesellschaft“ eine Form des politischen Zusammenlebens bezeichnet werden, die mit deutlich reduzierten Staatsfunktionen auszukommen wagt, so ist auch die Frage nach den ethischen Voraussetzungen einer solchen Gesellschaft neu gestellt. Die Theorie der Zivilgesellschaft – so Alfred Münkler – könne auf den Tugenddiskurs des klassischen Republikanismus und die in ihm vorgenommene Akzentuierung der sozio-moralischen Politikkomponente aufbauen. „Dieser Tugenddiskurs mit seinen unterschiedlichen Ausprägungen, von der resignativen Historiographie der Sallust und Tacitus über den Bürgerhumanismus der italienischen Renaissance bis zu den Theorien der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung, ist in der politischen Ideengeschichte neu zu entdecken und für die Demokratietheorie fruchtbar zu machen – nicht, um dort bruchlos wieder anknüpfen zu wollen, wo Smith und Kant die Wende zur mechanischen Veräußerlichung des zuvor intentional Geforderten in Markt und Verfassung vollzogen hatten, sondern um, bei Wahrung des damit verbundenen Liberalitätsgewinns, das deutlicher zu explizieren, was seit ihnen infolge dieser Wende in Vergessenheit geriet: daß nämlich zu einer funktionsfähigen Demokratie mehr gehört als Markt und Verfassung, sondern zumindest auch das nicht durch Eigeninteressen allein angeleitete Engagement der Bürger für die Gemeinschaft und die Bereitschaft zum Verzicht auf den eigenen Vorteil, wenn seine Wahrnehmung denn der Gemeinschaft zum Nachteil gereicht.“

Die Arbeit, die in den Labors der Zivilisation zu leisten ist, unter den Gesichtspunkten der Vernetzung, Simulation, Diskussion, vor allem experimentellen Handelns, diese von der Offenheit des „Und“ die Abkapselung des Entweder-Oder überwindende Arbeit, kann auch als „Management of complexity“ bezeichnet werden; dieses zielt auf Synthesis, „durchspielt“ Möglichkeiten mit Phantasie, geht „querfeldein“.



Warum die Finanzmisere und Arbeitslosigkeit nicht dadurch reduzieren, daß man Kosten, die in Erfüllung der Sozialpflicht entstehen, produktiv nutzt, zum Beispiel für Kultur? Statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, sollte man die Betätigung im Bereich der Kultur- (auch Sozial-, Erziehungs-, Ökologie-, Stadterneuerungs-)Arbeit ermöglichen. Ein solcher zweiter Arbeitsmarkt ist für eine notwendigerweise betriebswirtschaftlich denkende Wirtschaft keine Konkurrenz; andererseits verbessert die unter volkswirtschaftlichen Aspekten finanzierte Kulturarbeit das Innovationsklima (die Investitionslandschaft) und kommt damit wiederum der Wirtschaft betriebswirtschaftlich zugute. „Auch Kunst und Kultur bestimmen die Attraktivität des Standortes Deutschland maßgeblich mit“, heißt es im Bericht der Bundesregierung. Mit nüchternem, vor allem aber vernetzt denkendem Sachverstand haben Experten seit längerem Modelle entwickelt, wie unter Verhinderung von Sekundärprävention (Bezahlung von Arbeitslosigkeit) Primärprävention (Bezahlung von Arbeit, eben Kulturarbeit) betrieben werden könnte. Berücksichtigt man den durch Arbeitslosigkeit bewirkten Ausfall an Wertschöpfung für die Gesellschaft, die durch Arbeitslosigkeit hervorgerufenen sozialen und gesundheitlichen Folgekosten sowie die weiteren Verluste (an Humankapital, an beruflicher Qualifikation etc.), ferner die bei Arbeitslosigkeit entstehenden Mehrausgaben durch die Zahlung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, von Sozialhilfe und Wohngeld, von Renten- und Krankenversicherungsbeiträgen –, summiert man all diese Elemente, die in eine vernünftige volkswirtschaftliche Kostenrechnung eigentlich eingehen müßten, dann ergäbe sich, wie schon bei den bisherigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Faktum, auch bei Dauer-Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine Selbstfinanzierungsquote bis zu 91 %. Natürlich müßte ein solches Projekt langfristig angelegt und durch umfassende Qualifikations- und Umqualifikationsprogramme vorbereitet wie begleitet werden. Es zeugt für den Tiefstand politischer Kultur, daß die seit Jahren vorgelegten Konzepte, u.a. durch Axel Bust-Bartels in seinem Buch „Skandal Massenarbeitslosigkeit – Zwischen passivem Staat und alternativer Arbeitsmarktpolitik“ (1990), „durchschlagend wirkungslos“ geblieben sind – sieht man davon ab, daß z.B. der Kulturausschuß des Deutschen Städtetages wie die Kulturpolitische Gesellschaft die Vorschläge rezipiert und positiv diskutiert haben.

Eine reflektierende, anthropologisch fundierte Politik, die Arbeits- und Lebenswelten neu-alt, alt-neu bestimmen will, wird eine Absage an Profitopolis, an Megalopolis und damit an Nekropolis vornehmen müssen – mit der Hoffnung auf „Metropolis“, der Stadt der Sozialisation, der Kommunikation und Kreativität. „Stadt als Innovationslandschaft“ bedeutet die Gleichförmigkeit des Wechsels, die ständige Austarierung des Gleichgewichts – gerade auch unter dem Gesichtspunkt der Kosten- und Ertragsanalyse (cost-benefit-analysis), die freilich im „Benefit“ das Wohlbefinden bzw. Behagen in der Gesellschaft einschließt und bei den Kosten mittel- und langfristig kalkuliert, also das Wechselspiel von volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Investitionen begreift. Was dabei die volkswirtschaftliche Rolle der Kultur als Soziokultur betrifft, so spielen Imponderabilien und Katalysatoren eine höchst gewichtige Rolle, deren Fehlen fatale, deren Vorhandensein höchst positive Konsequenzen hat. Kultur als sogenannter weicher Standortfaktor hat eine Fließstruktur, die sich, wie bei der fraktalen Geometrie, als farbig-faszinierendes Ergebnis der Differenzierung und Potenzierung kleinster Elemente und Vorgänge erweist. Gleichnishaft spricht man deshalb mit Recht vom Kultur- und Wirtschaftsklima, von einer Kultur- und Wirtschaftsosphäre.

Die Kulturstadt mit einem bestimmten Klima, einer bestimmten Atmosphäre, mit ihrer Geschichte („Zukunft braucht Herkunft“), die hermeneutisch erschlossen ist, bietet für die Wirtschaft einen bedeutsamen Wettbewerbsvorteil. Firmen, die solche Verwurzelung wahrnehmen, reüssieren mehr als solche die, sagen wir in Trude sich ansiedeln, oder der Vertrudisierung von Stadt nicht energisch (auch mit volkswirtschaftlich orientierten Eigenleistungen) entgegentreten. „Hätte ich bei der Landung in Trude nicht mit großen Buchstaben den Namen der Stadt gelesen, ich hätte geglaubt, auf demselben Flughafen angekommen zu sein, von dem ich abgeflogen war. Die Vororte, durch die sie mich fahren ließen, waren nicht anders als die andern, die gleichen gelblichen und grünlichen Häuser. Den gleichen Hinweisschildern folgend, umfuhr man die gleichen Anlagen der gleichen Plätze. Die Straßen im Zentrum stellten Waren, Verpackungen, Schilder zur Schau, die in nichts anders waren.“ Der Erzähler (Italo Calvino: „Die unsichtbaren Städte“) weiß bereits, was ihn erwartet: nämlich die Wiederholung des bereits anderenorts Erlebten. „Warum überhaupt nach Trude kommen? fragte ich mich. Und wollte schon wieder abreisen. ‘Du kannst abfliegen, wann du willst’, wurde mir gesagt, ‘aber du wirst zu einem anderen Trude kommen, das Punkt für Punkt gleich ist, die Welt ist überdeckt von einem einzigen Trude, das nicht anfängt und nicht aufhört, nur am Flughafen den Namen wechselt.’“

Man weiß zwar nicht, ob es besser wird, wenn es anders wird; aber man weiß, daß es anders werden muß, wenn es gut werden soll. Dieser aufklärerische Grundsatz (von Georg Christoph Lichtenberg formuliert) verbindet Zweifel mit Vision, Dynamik mit Bedachtsamkeit. Es ist zwar übertrieben zu meinen, daß der kürzeste Weg zwischen zwei Punkten das Labyrinth sei; doch wissen wir längst, daß die als besonders effizient empfundene gerade Linie der Erfahrungsmöglichkeiten des Mäanders entbehrt. Den Rigorismus von geometrischer Ordnung durch Asymmetrie zu mildern – die Chaos-Theorie beachtend, wonach kleinste Abweichungen die Ursache für große Wirkungen werden – bedeutet auch, Parzellen der Blockbildung vorzuziehen. „Von der Ausdehnung und Differenziertheit des Netzes hängt die Belastbarkeit einer Stadt ab. Verdichtung, funktionale Mischung, ökologischer Ausgleich, kleinräumige soziale Selbstorganisation, typologische Durchgliederung – dieses ganze Abc der Stadtökologie ist zur Zeit nur in der Parzellenstadt durchführbar und überprüfbar ... Das Parzellenthema meint ein Ordnungssystem, das zur Not selbst Citybildung aushält. Das vor allem ihre monofunktionale Ausprägung und Durchsetzung verhindern kann. Im übrigen haben soziale Minderheiten in dem Parzellengeflecht mehr Lebenschancen als jede noch so bemühte sozialstaatliche Daseinsfürsorge sie garantieren kann. Es ist das einzige Raster für die Unterbringung jener Vielfalt, aus der städtisches Leben erst entsteht.“ (D. Hoffmann-Axthelm)

„Chaosmos“ als Spiel- und Möglichkeitsraum für die Synthesis von Gesetzmäßigkeit und Devianz wird nur genutzt werden können, wenn die Motivation dafür vorhanden: nämlich der Möglichkeitssinn ausgebildet ist. Dieser, wichtig für die „Wiedererfindung des Politischen“ (Ulrich Beck), wird durch Robert Musil dahingehend beschrieben, daß er die Fähigkeit bedeute, alles, was ebensogut sein könne, zu denken und das, was ist, nicht wichtiger zu nehmen als das, was nicht ist. „Solche Möglichkeitsmenschen leben, wie man sagt, in einem feineren Gespinst, in einem Gespinst von Dunst, Einbildung, Träumerei und Konjunktiven.“ Jemand, der auf „mögliche Wahrheiten“ sehe, habe in den Augen anderer oft „ein Feuer, einen Flug, einen



Bauwillen ..., der die Wirklichkeit nicht scheut, wohl aber als Aufgabe und Erfindung behandelt“. Da seine Ideen nichts als noch nicht geborene Wirklichkeiten seien, habe natürlich auch der Möglichkeitssinn Wirklichkeitssinn; aber eben einen Sinn für die mögliche Wirklichkeit.

Die prozessuale Stadt kann man wohl als einen Topos des humanen Möglichkeitssinnes bezeichnen.

Schaut auf diese Stadt! **– Wie Berlin versucht, sich als Hauptstadt zu verkaufen –**

Wolfgang Kil

„Achtzig Millionen Bundesbürger“, also auch *Sie*, sehen die Autoren des Berliner Planwerks demnächst – symbolisch oder realiter – in die neue Hauptstadt einreisen. Und was werden *Sie* dort finden? „Kein historisches Zentrum, sondern Großwohnanlagen, Schnellstraßen, Freiflächen, Parkplätze“, ... windige Brachen wohin das Auge blickt. Deshalb soll *Ihnen* nun eine historische Mitte Berlins als „Beziehungsobjekt für die gesamte Bundesrepublik“ angeboten werden. Wäre ein echtes Nationaldenkmal nicht billiger? Nein, denn: „Erst recht werden internationale Besucher in Berlin die Bundesrepublik Deutschland sehen“, weshalb Senator Strieder nicht etwa heiter-weltläufige Zeitgenossen, sondern „die Geschichte und ihre gewachsenen Potentiale“ vorführen möchte. Für Klaus Hartung (in *DIE ZEIT* vom 28.11.96) wird gar „Berlin keine zivile Form gewinnen, wenn es sich stadträumlich im verschlissenen Unterzeug seiner Teilungsgeschichte darstellt“. Was er schmerzlich vermisst, ist „Würde“. Denn er ahnt, was der *SPIEGEL* schon weiß: „Bis zur Jahrtausendwende entsteht in Berlin das Machtzentrum des stärksten europäischen Staates.“

Nationale Identifikation, internationale Bedeutsamkeit, Würde, Darstellung von Macht. Sind das die Leitvokabeln des zukünftigen Berlins?

In merkwürdigem Gegensatz zu den markigen Sprüchen seiner Autoren und Befürworter steht das „Planwerk“ selbst. Es versucht, das Machtzentrum ins Betuliche zu wenden. Sein ideologisches Hauptmotiv heißt „Primat der Mitte“ und verkündet die Abkehr von der Polyzentralität der Stadt. Er verweigert sich der Einsicht, daß gerade das Auseinanderdriften der zwei Citybereiche (Kurfürstendamm/Tauentzien und Rathaus/Alexanderplatz) eine Folge der radikalen Modernisierung Berlins im ersten Drittel unseres Jahrhunderts war: der Westen für die Bessergestellten, der Osten für die Proleten. Dazwischen, mit Schloß/Linden/Wilhelmstraße, die „historische“ Kanzleistadt der Beamten. In dieser unsentimentalen Ausdifferenzierung fand die oft geschmähte, oft aber auch bewunderte Rationalität der modernen Metropole im Stadtgefüge ihren Niederschlag. Ihr verdankt sich die generationenlang eingeübte Fähigkeit, grundverschiedene Einwohnerschaften trotz aller sozialen, kulturellen oder mentalen Differenzen zu einer leidlich funktionierenden Stadtgesellschaft zusammenzuführen. Allein dank dieser Integrationsfähigkeit – und nicht wegen seiner schieren Ausdehnung – ist Berlin der einzige Ort Deutschlands, der das Prädikat „Großstadt“ wirklich verdient.

Es heißt, Berlin sei viele Städte. Aber erst diese vielen Städte machen das neuzeitliche, das disparate, aufregende und kreative Berlin wirklich. Und wenn die Stadt in diesem Jahrhundert einmal Weltgeltung besaß, dann als der symbolträchtigste Austragungsort des Kalten Krieges, als Phantasiekonstrukt einer Doppelstadt, gebaut aus zwei Systemschaufenstern. Aus dieser kon-



frontativen Geschichte wird Berlin noch sehr lange seine Mythen und nicht zuletzt seine neuere geopolitische Bedeutung ziehen.

Wenn nun erneut nach der „Mitte“ als identitätsstiftendem „Ort für Alle“ gerufen wird, steckt darin die Absage an die Stadt der gelebten und öffentlich ausgetragenen Differenzen, der sozialen, auch der politischen. *Urbanität*, diese verwaschene Lieblingsfloskel aller aktuellen Stadtdiskussionen, ist keine Frage von Platzräumen oder Straßenbildern, sondern eine Kategorie sozialen Verhaltens. Die „Zivilität“ von Stadtbürgern mißt sich weder an verfeinerten Umgangsformen, noch am luxuriösen Konsum; sie zeigt sich in der Lust an politischem Handeln.

Was dagegen von den City-Planern so wortreich als neue „Stadtbürgerschaft“ beschworen wird, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als literarische Verklärung einer längst untergegangenen Bourgeoisie – als Traum von Idylle. Mit den stets gern ausgemalten Szenarien der Flaneure und nun auch noch „Häuslebauer“ versucht die Provinz, das Metropolitane an Berlin zu bändigen. Hand aufs Herz: Fühlen *Sie* sich als Adressat einer solchen Einladung in die Gemütlichkeit angesprochen?

In diesem Planwerk, insbesondere für die City-Ost, steckt, bei allem Reden über stadträumliche Spurensuche, ganz wesentlich eine soziale Strategie: mit „besseren Adressen“ gegen die Verlierermillieus des Ostens in ihren egalitären Wohnstrukturen. Daß die „Zonis“ nicht so richtig schlendern wollen, hat die *taz* schon in der Friedrichstraße festgestellt, und auch sonst scheint diese merkwürdige Population die Anforderungen an ein „würdiges“ Hauptstadtpublikum nur schwer zu erfüllen. Gibt nicht gar ihr Wahlverhalten (PDS-Mehrheiten) gelegentlich Anlaß, an ihrer Verfassungstreue zu zweifeln? An ihre Stelle sollen nun jene vielbeschworenen „neuen Stadtbürger“ treten, die nach Karl Schlögel angeblich in allen Städten Osteuropas jetzt wieder das Ruder übernehmen. So will ein ironischer Zirkelschluß der Geschichte, daß die als vormals besonders staatsnah Gescholtenen jetzt den Eliten der neuen Ordnung weichen sollen. Die „Mitte“ den Tüchtigen und den Braven: So bieder wurde hierzulande schon immer Hauptstadt gedacht.

Auf dem Stadtforum empfahl der Architekt Manfred Ortner für den Breitscheidplatz (City-West), diese „verkommene Abstellfläche für alle menschlichen Unzulänglichkeiten“ müsse erst einmal „aufgeräumt“, „abgeräumt“, „im besten Sinne des Wortes aufgekehrt“ werden. Berlin, die Hauptstadt der Saubermänner. Auf dieses Deutschland sollen wir uns freuen?

Stadtpolitik ist Verkehrspolitik – Verkehrspolitik ist Stadtpolitik

Christian Neuhaus

„Mit einem Bahnhof fängt alles an“, sagt Cheyenne, der gute Räuber aus jenem Film, mit dem Sergio Leone 1968 den Inbegriff des Italo-Westerns schuf. „Once upon a Time in the West“ erzählt unter anderem die Geschichte eines Mannes, der mitten in der Wüste ein billiges Stück Land kauft und mehrere Jahre einfach wartet, verspottet von allen anderen. Er wartet auf den Eisenbahnbau, der auf seinem Weg nach Westen durch dieses Tal und an dieser Wasserstelle vorbeikommen muß. Die Wasserstelle würde zur Keimzelle eines Bahnhofs, und der Bahnhof zur Keimzelle einer Stadt, und all dies auf seinem Grund und Boden. Sein Plan geht auf, wenngleich er ihn das Leben kostet. Das Schlußbild zeigt seine Witwe (Claudia Cardinale) inmitten des Baugetümmels, wo im Gleichtakt Stadt und Gleise wachsen.

„Mit einem Bahnhof fängt alles an“ – in alten Zeiten hieß dies: Mit einem Hafen, mit einer Furt, mit einer Kreuzung der Handelswege fängt alles an. In unserem Jahrhundert heißt das: Mit einer Autobahnabfahrt, mit einem Flughafen fängt alles an. Daß auch noch einiges mit einem Bahnhof anfangen kann, zeigen seit einigen Jahren wieder Europas Eisenbahnen.

„Das letzte Stück einer Gedankenkette“ (Hermann Glasers Definition des Aphorismus), das ich hier beitragen möchte, besagt, daß die jeweiligen verkehrlichen Möglichkeiten eines Raumes, auf einem bestimmten Stück Erdoberfläche, zu einer bestimmten Zeit, nicht allein passive Voraussetzungen sind, die der Stadtplaner oder -entwickler lediglich im Sinne notwendiger Bedingungen zu schaffen habe, damit seine Stadt, sein Siedlungsprojekt „funktioniert“. Natürlich muß Stadtpolitik immer auch Verkehrspolitik sein, indem sie diese einschließt. Aber die verkehrlichen Möglichkeiten, die ich als jeweilige technische, ökonomische oder regulatorische Verfügbarkeit von Verkehrswegen und -mitteln verstehe, ist immer auch hinreichende Bedingung und prägende Kraft für die Entwicklung der Stadt, sowohl was die Raumerschließung als auch die städtische Lebensweise angeht. Mit anderen Worten: jede verkehrstechnische Innovation – oder Stagnation –, jede erweiterte – oder verringerte – Verfügbarkeit von Verkehrsmitteln und jede verkehrspolitische Entscheidung – aber auch jede Nicht-Entscheidung – hat Konsequenzen für den betreffenden Siedlungsraum, die über die unmittelbaren Transportwirkungen – die Möglichkeiten der Bewegung von Menschen, Tieren oder Sachen von Ort zu Ort – manchmal weit hinausreichen.

Die verkehrlichen Möglichkeiten einer Stadt – Straßen, Autos, Busse, Bahnen, Fahrräder, Fußwege, Aufzüge etc. – kann man paradox als „treibende Medien“ bezeichnen. Verkehrsmittel sind eben Mittel, also Instrumente, die von Menschen benutzt werden und nicht etwa selber handeln oder wirken. Die treibenden Kräfte sind letztlich immer Menschen und ihre Wünsche.



Gleichwohl beeinflussen alle Werkzeuge durch die in Aussicht gestellten Wirkungen ihres Gebrauchs auch die Wünsche, zu deren Erfüllung wir sie dann einsetzen. So wie sich Georg Büchner vor 160 Jahren fragte, ob wir vielleicht nicht nur Hände haben, *damit* wir greifen können, sondern auch greifen, *weil* wir Hände haben, so können wir heute annehmen, daß es zum Beispiel nicht nur den ICE gibt, damit man schnell von Göttingen nach Frankfurt fahren kann, sondern auch, daß mancher in Frankfurt arbeitet und in Göttingen wohnt, weil man mit dem ICE schnell nach Frankfurt fahren kann. Das ist erstens eine Absage an animistische Verklärungen oder Verteufelungen von Verkehrsmitteln und -systemen: Menschen entscheiden und handeln. Und zweitens wird deutlich, daß ein Bahnhof, ein Hafen, eine Autobahnabfahrt allein noch keine Stadt entstehen lassen. Hinzu kommen müssen Menschen mit Zielen, Hoffnungen und Träumen, die sich auf den neuen Ort richten, und die die notwendigen Energien – und Gelder – aufbringen. Dann aber gilt in der Tat, daß unsere Städte stets auch Produkte verkehrlicher Entscheidungen – ihrer Einwohner wie ihrer politisch-administrativen Organe – sind.

Verkehrspolitik ist immer auch Stadtpolitik, Verkehrsentwicklung immer auch Stadtentwicklung!

Stadtbilder

Renate Schostack

„Wohlauf, laßt uns eine Stadt und einen Turm bauen, dessen Spitze bis an den Himmel reiche, daß wir uns einen Namen machen.“

So sprachen die Bewohner von Babel. Herodot beschreibt Babylon als geometrische Struktur: quadratisch, von Graben, Wall und Mauer umgeben; 100 Tore, 25 an jeder Seite; die Straßen angelegt wie ein Gitter, in der Mitte durch den Fluß zerschnitten. In einer Hälfte die Festung des Königs, in der anderen der Tempelbezirk des Gottes mit dem Turm. Dieser ist ein Zikkurat, acht Stockwerke hoch. Auf der obersten Plattform erhebt sich der Tempel. Auf seinem Dach das Lager für die Beiwohnung der Hauptpriesterin mit dem Gott und daneben ein goldener Stuhl, der, von den Strahlen der aufgehenden Sonne getroffen, ein Glitzern über die noch dunkle Stadt wirft.

Am Anfang waren Geschichte und Mythos eins. Die reale Metropolis des Zweistromlandes, die von uns 5000 Jahre weit entfernt ist, war aus gebranntem Lehm errichtet, mit einer Mauer versehen, die den Menschen Schutz bot. Sie besaß wesentliche Merkmale der Stadt. Das Babel der Frühgeschichte war Markt, Speicher, Ort des wirtschaftlichen und geistigen Austausches, der Rechtsprechung.

Lehmfarben wie Babylon war auch das Athen des 5. vorchristlichen Jahrhunderts, die Häuser ein bis zwei Stockwerke hoch, an gewundenen, nicht gepflasterten Straßen errichtet, durch die gerade ein Mann mit seinem beladenen Esel hindurchkam. Groß und offen die Agora, Versammlungsort, Treffpunkt, Markt. Und darüber, aus hell leuchtendem Marmor gebaut, der Berg der Götter, des Kults, die Akropolis.

Das Rom der Zeitwende: ein Wunderwerk der Alten Welt, eine Stadt aus Marmor und rötlichem Ziegel, mit großen öffentlichen Plätzen, mit Prachtbauten wie Tempel, Theater, Bibliotheken. Es gab Gerichtsgebäude, Markthallen, Sportarenen, Bäder, viele Brunnen, kilometerlange Arkaden, in denen Tausende von Statuen standen. Die kaiserlichen Gärten standen dem Volk offen. Die Stadt hatte über eine Million Einwohner, zehnmal so viel wie das klassische Athen.

Die Architekturformen der Stadt – Tempel, Burg, öffentliche Bauten – sind im Altertum entstanden. Wie wird der europäische Mensch, der sich in seiner Geschichte kulturell durch die Stadt definiert hat, in Zukunft mit diesem Kanon von Bauwerken umgehen? Werden die Kirchen aus dem Zentrum der Städte verschwinden, die Rathäuser in abseits gelegene Verwaltungszentralen verschoben werden? Welche Zeichen werden auf Türmen und Dächern sein? Nur Werbung? Womit wird sich der europäische Mensch, der zum globalen zu mutieren im



Begriff ist, in Zukunft einen Namen machen?

Regiopolis – Telepolis

Christiane Thalgott

I. *Regiopolis*

Die Stadt ist der Fokus der Sehnsucht und das Abbild sowohl des himmlischen Jerusalems auf Erden als auch des sündigen Babylons; heute meinen wir die Stadt mit Regiopolis vielleicht richtiger zu benennen.

II. *Vorstellung und Wirklichkeit*

Die Stadt ist in unserer **Vorstellung** immer noch die Stadt der Stiche von Merian. Begrenzt, ummauert, mit der weit im Land erkennbaren Silhouette, mit ihren Kirchtürmen „an den Himmel genagelt“. Die **Wirklichkeit** der Stadt ist die Enge, die Zusammenballung von Menschen und Tieren, Geräten, Maschinen, Häusern und Fahrzeugen; Lärm und Gestank. Der zerfranste Rand der Stadt ist der Ort der größten Aktivität und Bedeutung.

Stadt ist in unserer **Vorstellung** ein Ort – ein politisches Gemeinwesen. Die **Wirklichkeit** ist, daß unsere städtischen Räume heute Regionen sind, mit einer Vielzahl kleiner politischer Gemeinden (186 in der Region 14 [München]), wo jeder Bürgermeister die Rosinen des steuerzahlenden Betriebs des anderen wegpickt und die Armen und die Sozialwohnungen gern den anderen überläßt.

Stadt ist in unserer **Vorstellung** die Polis der Bürger, die am Gemeinwesen tätig interessiert, mit Muße und im Diskurs das Beste für die Gemeinschaft suchen; praktizierte Demokratie. Die **Wirklichkeit** der Stadt ist die Enge und Armut neben Reichtum und luxuriösem Raumgebrauch mit rapide abnehmender bezahlter Arbeit, dem Kohäsionsmittel der letzten eineinhalb Jahrhunderte. Ebenso Wirklichkeit und Alltag ist die Verachtung der Bürger gegenüber der Politik und Verwaltung und in der Folge Bürgerbegehren gegen notwendigen Wohnungsbau und für schnellere Straßen und Tunnel.

Stadt ist in unserer **Vorstellung** der schöne öffentliche Raum, Marktplatz, Café, Versammlungshalle und Biergarten für die geregelte und gesicherte Distanz der Begegnung und den Handel mit den Fremden. Die **Wirklichkeit** ist immer öfter der private bewachte Raum, die mit Stadtklischees inszenierte Einkaufswelt auf der grünen Wiese (Centro) und die vereinzelt Wohnräume mit Fernsehen und Computer – Lindenstraße und Internet zur virtuellen Kommunikation.



Stadt ist in unserer **Vorstellung** Eigenart und Schönheit, kreatives Chaos und ist damit Heimat für Erinnerung. In **Wirklichkeit** werden sich unsere Städte immer ähnlicher in ihren Elementen und auch als Ganzes – McDonald's in München, Moskau und Peking, Shell-Tankstellen und selbst Hotelzimmer in Toronto, Sydney und München gleichen sich wie ein Ei dem anderen; Disney World in Californien und Paris – die Abbilder einer Scheinwelt werden Realität, schon gezeigt als Beispiel auf der Architekturbiennale in Venedig.

Stadt ist in unserer **Vorstellung** der Ort der Begegnung mit dem Neuen, dem Exotischen, dem Fremden aber auch dem Alltäglichen und Bekannten. In **Wirklichkeit** wird das kreative Chaos und die Offenheit immer mehr durch Ordnung und Planung verbannt, das Kreative in die Winkel und Akademien verwiesen und die Fremden in die unsichtbaren, abgelegenen Teile der Stadt gedrängt. Eine große, stadtbildprägende Zigarettenfabrik als Moschee ist heute nicht mehr vorstellbar, war aber vor 90 Jahren noch der Stolz einer Stadt.

Stadt ist in unserer **Vorstellung** Aufenthaltsort und Heimat. In **Wirklichkeit** ist die Stadt Straße, Durchgangsstation, der Aufenthaltsraum Auto trägt vom Arbeitsort am Rand zum Wohnort oder zur Freizeit am anderen Rand. Stadt ist Raum und Knoten im Netz der realen und virtuellen Mobilitätsstränge.

III. *Die Idee der Stadt*

Die Idee der Stadt als Gestalt gewordene Idee des menschlichen Zusammenlebens – Utopia – Sonnenstadt – Gartenstadt – und in Zukunft Regiopolis und Telepolis – hat die Welt mehr verändert als die Vorbilder der realen Städte und deren Schönheiten. Die Realität einer beispielhaften Gestalt und Schönheit wie die Bauten Palladios, die gotischen Kathedralen, die Loggia wurden als Brosche und Schmuck für die gedachte Stadt verwandt.

Stadt war also immer virtuell und real – und immer in Veränderung. Immer schon wurden Veränderungen bekämpft (die Ludwigstraße in München von Klenze haben die Münchener vielleicht ihrem König noch mehr übelgenommen als die Affaire mit Lola Montez; Bürklein, der Architekt der Bauten an der Maximilianstraße und des Maximilianeums, ist an der Mißbilligung der Bürger krank geworden), und die Lektüre der Gartenlaube war dem breiten Publikum lieber als die modernen zeitgenössischen Romane. Die Sehnsucht nach der guten alten Zeit mit einer besseren Jugend und schöneren – gestrigen oder vorgestrigen allseits bekannten Gebäuden – prägte immer schon den gesellschaftlichen Alltag.

IV. *Aber was ist anders und neu?*

1. Wir hören und sehen alltäglich, gut aufbereitet auf virtuellem Weg in den privaten Raum gebracht, den Glanz, aber mehr noch das Elend der ganzen Welt. Die Wahrnehmung der Realität vor der Tür ist dagegen viel anstrengender, schwieriger und komplexer – verlangt eigene Aktivität.

2. Das Auto, unsere rollende Wohnstube, und die anderen motorisierten Verkehrsmittel, ermöglichen uns, wie mit dem fliegenden Teppich im Märchen, fast gleichzeitig an verschiedenen Orten zu sein für Schlafen, Arbeiten, Spielen, Essen. So ist es verständlich, daß wir uns, da wir uns so viel und schnell alltäglich bewegen und dabei so viele Informationen über die unüberschaubare Welt erhalten, wünschen, daß sich unsere reale Umwelt nicht verändern möge. Wir könnten sie ja von unserem fliegenden Teppich und mit unseren vollen Köpfen sonst nicht wiedererkennen beim Landen und Ankommen. (Konkret heißt das, bei einer Abstimmung der Bürger über die städtischen Angelegenheiten ihrer Umgebung: ja für Straßen, Tunnel oder Luftbrücken und nein für neue Wohnungen und Häuser auf der Straßenseite gegenüber.)
3. Die virtuelle Realität, das heißt die Informationen über die Welt auf dem Bildschirm, die Kommunikation im Internet und die Mobilität auf dem fliegenden Teppich unserer schnellen Verkehrsmittel ersetzen nicht die realen Begegnungen in unserer Welt. Die Sehnsucht nach der mitmenschlichen Nähe und Wärme wächst eher gleichzeitig.
4. Die Kommunikation, das Gespräch über die neuen Anforderungen aus virtueller Realität und Mobilität wird wegen der vielen schönen Fluchtwege auf den fliegenden Teppichen schwieriger. Wir brauchen neue Methoden, reale und virtuelle, vielleicht mehr Spaß und all das bei weniger Geld.

Regionalparks als strategische Bausteine einer nachhaltigen Stadt- und Freiraumentwicklung

Petra Berges

Sicherung, Schutz, Pflege und Entwicklung der Freiräume des Ruhrgebiets zählen zu den zentralen Aufgabenfeldern, die der Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) für die Kommunen und Kreise der Region wahrnimmt. Auf diesen Erfahrungen bei der Konzeptionierung und Realisierung von Freiraumprojekten baut der folgende Textbeitrag auf. Wesentliche Grundlage sind darüber hinaus die Veröffentlichungen von Stephan Reiß-Schmidt (Leiter der Abtl. Planung des KVR bis Ende 1996) zu diesem Themenfeld, insbesondere zu „Freiraum als regionale Infrastruktur im Ruhrgebiet“.

I. *Situation im Ruhrgebiet:*

Das Ruhrgebiet ist eine polyzentrische Region mit einer maximalen Ausdehnung von Nord-Süd von 67 km und Ost-West von 116 km. Die größte Industrieregion Europas – mit über 5 Millionen Einwohnern in 11 kreisfreien Städten und 42 Städten und Gemeinden in 4 Kreisen – befindet sich seit den 60er Jahren auf dem Weg von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft; inzwischen arbeiten mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich.

Durch den Strukturwandel, der mit Standortkonzeption und Freisetzung von Standorten z.B. der Montanindustrie einherging und noch weiter einhergehen wird, sind große Brachflächen und viele von Erosionsprozessen gekennzeichnete Bereiche entstanden. Sie bilden heute ein wesentliches Potential für die städtebauliche und ökonomische Erneuerung der Stadtlandschaft im Ruhrgebiet und werden, trotz einer Vielzahl von Hemmnissen, für unterschiedlichste Nutzungen revitalisiert. Das „Liegenlassen“ dieser vielfach belasteten Flächen wäre keine Lösung. Es würde zum Entstehen ausgedehnter Rostgürtel um die Zentren der Ruhrgebietsstädte führen, die sich negativ auf Standortqualität und Image der gesamten Region auswirken würden.

II. *Freiraumverluste durch Suburbanisierung:*

Trotz des Leitbilds der städtebaulichen Innenentwicklung führt die anhaltende Suburbanisierung von Wohnen und Produzieren, Freizeitangeboten, Konsum von Gütern und Leistungen sowie deren infrastrukturellen Voraussetzungen auch heute weiterhin zu Verlusten an Freiräumen. Da viele Städte im Ruhrgebiet einen Siedlungsflächenanteil von 50-70% haben, ist das Zusammenwachsen der Städte zu einem „Siedlungsbrei“ eine Gefahr, der es durch gezielte Strategien entgegenzuwirken galt und gilt. Der Lebensstandard darf nicht auf Kosten der Lebensgrundlagen



steigen und Umweltqualität in den Stadtregionen zu einer Restgröße verkümmern lassen. Stadtentwicklung muß nachhaltig gestaltet und gesteuert werden. „Weiter So“ führt zu einem schleichenden Veränderungsprozeß, der immer weiter wegführt von dem, was ökologische und ökonomische Vernunft und alltägliche Lebensbedürfnisse nahelegen.

Die quantitativen Verluste an Freiräumen gehen einher mit immer neuen Ansprüchen an die „Restlandschaft“ zwischen den Städten:

- Naherholung in der zunehmenden Tages- und Wochenendfreizeit
- Wasserversorgung bei wachsenden Mengen- und Qualitätsanforderungen
- Stadtklimatischer-lufthygienischer Ausgleich bei zunehmender Bebauungsdichte und durch den Kraftfahrzeugverkehr bedingten zunehmenden Luftbelastungen
- Ästhetische Qualitätsansprüche an das Stadt- und Landschaftsbild
- Ökologische Ausgleichsfunktion des Arten- und Biotopschutzes und des Bodenschutzes

Auf immer weniger Freiflächen in den Stadtregionen richten sich mittlerweile widersprüchliche Nutzungsanforderungen einer immer größeren Zahl von Menschen. Der zunehmende Nutzungsdruck auf die verbleibenden Freiräume führt in den Verdichtungsregionen zu einem Qualitätsverlust und zu einer „Ausgliederung“ von Freiraumfunktionen in immer weiter entfernt liegende noch intakte Gürtel des ländlichen Umlandes.

III. „Landschaft“ zwischen den Städten oder Schlußverkauf der Restflächen?

Zwischen den Städten treffen seit jeher häufig konkurrierende Flächen- und Nutzungsansprüche im Raum hart aufeinander: z.B. Industrie, Wohnen, Abgrabungen, Halden, Deponien, Brachflächen der früheren Industrie- und Bergbaunutzung, Verkehrsstrassen, Schienen, Leitungen, Freizeit und Erholung, Landwirtschaft, Naturschutz. Die Folge sind häufig unbeachtete und verwahrloste Peripherien. Assoziationen machen sich fest an Begriffen wie: Stadtrand / Zwischenraum / Niemandsland ... Auch planungspolitisch häufig im Abseits und in der Zuständigkeit unterschiedlicher Städte, wird der Freiraum zur zerstückelten Flächenreserve für alle und alles, dessen Identität als regionsspezifische Kultur- und Industrielandschaft fast unbeachtet verlorengeht. Der Begriff Landschaft scheint in Anbetracht der Qualität dieser „Zwischenräume“ nicht gerechtfertigt. Die Freiflächen liegen oft isoliert; schutzwürdig scheint diese Landschaft nicht (mehr) zu sein, und doch haben die Anwohner oft keine Wahl, wenn sie in der Nähe ihrer Wohnung Erholung suchen.

Wenn wir das Leitbild einer vitalen, durchmischten und kompakten Stadt realisieren wollen und eine nachhaltige Raumentwicklung anstreben, kann Freiraum nicht als Restgröße betrachtet werden, dessen Größe beliebig ist und dessen Qualität nicht unserer besonderen Sorgfalt und Zuwendung bedarf. Auch für die Entwicklung von Freiräumen bedarf es Leitbilder.

IV. *Freiräume als strategische Bausteine einer nachhaltigen Stadt- und Raumentwicklung*

Welche Strategien werden genutzt, um den Freiraum zu sichern und zu entwickeln? Bereits seit den 20er Jahren wird im Ruhrgebiet mit den regionalen Grünzügen eine Gegenstrategie entwickelt. Eine industriegeprägte Landschaft erhält Grünzüge. Der Entwurf des Regionalen Freiraumsystems Ruhrgebiet, mit dem der Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) 1985 eine Neuorientierung seiner Freiraumpolitik einleitete, enthielt vor dem Hintergrund einer ausgleichenden Freiraumpolitik das Ziel einer stärkeren Vernetzung der Freiräume in der Kernzone zwischen den Regionalen Grünzügen und der Rückgewinnung von Freiräumen durch die Begrünung von Industrie- und Zechenbrachen, Halden ... in der besonders freiraumarmen Kernzone des Emscher Raumes.

Seit Beginn der 90er Jahre erfolgte verstärkt eine noch deutlichere Prioritätensetzung auf eine kompensatorische Angebotsverbesserung und auf gleichwertige Entwicklungschancen in der Region. Nur eine umfassende und dauerhafte ökologische und soziale Erneuerung schafft die Voraussetzung für eine bessere Zukunft; Landschaftsparks sind ein Beispiel, diese Ziele umzusetzen. Im Mittelpunkt dieser Strategie steht der Wiederaufbau von Landschafts- und Stadtqualitäten. Diese Aufgabe muß als Infrastruktur-Notwendigkeit begriffen werden, die Voraussetzung für die künftige wirtschaftliche Entwicklung ist.

V. *Emscher Landschaftspark – stadtnahe Landschaft im Ballungskern*

In dem bis heute am deutlichsten von den Narben und Hinterlassenschaften von über 100 Jahren Montanindustrie geprägten Teil des Ruhrgebiets entsteht entlang der Emscher und des Rhein-Herne-Kanals ein über 70 km langer Ost-West-Grünzug vom Rhein bei Duisburg bis zur westfälischen Bördenlandschaft bei Kamen: der Emscher Landschaftspark. Seine Hauptelemente sind die traditionell nord-süd-ausgerichteten regionalen Grünzüge, die durch einen neu aufzubauenen Ost-West-Grünzug zu einem regionalen Parksystem verbunden werden.

Was vor 70 Jahren mit regionaler Freiraumsicherung begann, entwickelte sich zu einem Park von 320 qkm Größe als dauerhafte, zukunftsorientierte regionale Infrastruktur. Der Emscher Landschaftspark in Verbindung mit den regionalen Grünzügen ist ein wichtiges Projekt im Rahmen der Internationalen Bauausstellung und wohl der bislang erfolgreichste Versuch in der Region aus Restflächen wieder brauchbare und schöne Landschaftsräume zu machen.

Der Aufbau des Parkes ist vor allem ein kommunales Kooperationsprojekt des Ruhrgebiets, dessen Realisierung auf 20 bis 30 Jahre geschätzt wird und von dem bereits heute Teile, zumeist als lokale Modellprojekt realisiert sind. Neben dem Wiederaufbau von Landschaft werden weitere Leitprojekte realisiert, z.B. Renaturierung eines zum Abwasserkanal degradierten Flußsystems, durchgehende Radwegeverbindungen, Nutzung der Industriedenkmäler, Gestaltung von Arbeitsbereichen, Angebote für soziale, kulturelle und sportliche Tätigkeiten.



VI. Stadtnahe Landschaft an der Nahtstelle von Ballungskern und Ballungsrand

Regionalpark Landschaftspark NiederRhein (LP NR)

Das jüngste der Regionalparkprojekte des Kommunalverbands Ruhrgebiet ist der Landschaftspark NiederRhein im Kreis Wesel – eine Art linksrheinischer Brückenkopf des Emscher Landschaftsparks. Hier geht es um die landschaftliche Gestaltung, ökologische Sicherung und Schaffung von Freizeitangeboten in einem ca. 90 qkm großen Bereich zwischen den Städten Moers, Rheinberg, Kamp-Lintfort und Neukirchen-Vluyn. Diese Nahtstellen zwischen den Städten sollen nicht nur als Zwischenraum begriffen werden, sondern als Kristallisationspunkt neuer Ideen und Projekte in interkommunaler Kooperation.

Ziel der Bearbeitung ist es, überzeugende Leitbilder und umsetzungsfähige Leitprojekte gemeinsam mit öffentlichen und privaten Entscheidungsträgern zu entwickeln und zu realisieren. Die Bürger wurden im Rahmen einer Befragung, zu ihren Wünschen und Anforderungen an den Raum befragt. Die Projektbearbeitung beinhaltet einen integrativen fachressortübergreifenden Planungsansatz, um zielführend Konsense und Kooperationen zu ermöglichen.

Der Landschaftspark NiederRhein soll Freiraumqualitäten in einem von starkem Siedlungsdruck, Zerschneidung durch Verkehrs- und Leitungsbänder, zahlreichen laufenden und geplanten großen Auskiesungen und Berghalden des Steinkohlebergbaus geprägten Raum sichern und entwickeln. Altrheinarme, Gräben, Bäche, Waldflächen und Auenbereiche bilden wertvolle, teilweise unter Naturschutz stehende Flächen für den Arten- und Biotopschutz. Sie sind jedoch häufig isoliert und müssen zu einem soweit wie möglich in die Siedlungsbereich hineingreifenden Freiraumverbund verknüpft werden.

Für diesen Bereich der Ballungsrandzone des Ruhrgebiets ist die Qualität des Wohn- und Arbeitsumfeldes ein wichtiger Entwicklungsfaktor. Auch als Ziel für Naherholung und Ausflugstourismus aus den Großstädten des Rhein-Ruhr-Gebietes hat er entwicklungsfähige Potentiale (Industriearchitektur, Halden, Wasserflächen ...). Die Relikte der vorhandenen Industrie- und Kulturlandschaft sind als Nuklius für die Identität und Entwicklung des Raumes von besonderer Bedeutung. Dies ist neben der Verbesserung der generellen Standortqualität durch den Landschaftspark NiederRhein ein wesentliches Ziel in den stark vom (sowohl in den letzten Jahren erfolgten und für die Zukunft absehbaren weiteren) Abbau von Arbeitsplätzen im Bergbau betroffenen Städten. Es gilt, frühzeitig flankierende Maßnahmen zu ergreifen, um die Standortvorteile der Region positiv zu beeinflussen.

Die Landesregierung fördert die Erarbeitung der Rahmenplanung, die Ende 97 vorliegen wird, mit Mitteln aus dem Handlungsprogramm für die Kohleregionen. Im Vergleich zum Emscher Landschaftspark wird es schwer sein, für dieses erst spät begonnene Projekt, das voll in neue Höhepunkte der Haushaltskrise hineinläuft, Fördermittel zu akquirieren. Deshalb setzt die Realisierungsstrategie hier verstärkt auf die Einbeziehung privater Investoren, auf die geschickte

räumliche Zusammenfassung größerer Ausgleichsmaßnahmen, auf eine zielorientierte Steuerung der Rekultivierungsaufgaben für Abgrabungen und Aufhaldungen sowie auf Arbeitsmarktprojekte.

VII. Perspektiven und Notwendigkeiten regionaler Freiraumpolitik

1. Zersplitterte Regionalplanungs-Kompetenz als Hemmnis

Die Sicherung und Entwicklung zusammenhängender Freiräume ist gerade in der Kernzone gefährdet, insbesondere dort, wo die Zuständigkeitsbereiche der drei Regionalplanungsträger aneinandergrenzen.

2. „Neue Regionalplanung“

Eine „Neue Regionalplanung“ für eine einheitliche Planungsregion Ruhrgebiet mit klarem Leitbild und starker Projekt- und Umsetzungsorientierung wäre eine wesentliche Voraussetzung, daß trotz zunehmender Flächenkonkurrenzen ein sinnvolles Netzwerk regionaler Freiflächen erhalten und qualitativ entwickelt werden kann.

3. Neue Arbeitsplätze versus Freiraum?

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten konzentriert sich das Gewicht politischer Entscheidungen häufig auf die Gewerbeflächenentwicklung, da diese vermeintlich der Schaffung von Arbeitsplätzen dient. Die „Zukunftsinfrastruktur Freiraum“ unterliegt in diesen Zeiten besonders leicht der politischen und planerischen Abwägung.

4. Interkommunale Freiraumpolitik als Chance

Wenn die öffentliche Planung ihren Gemeinwohlanpruch nicht völlig aufgeben will, muß die interkommunale und regionale Kooperation verstärkt werden. Darin liegt die einzige Chance zur Durchsetzung ökonomisch „schwacher“ Flächennutzungen gegen eine nur rein wirtschaftlich rationale Immobilienverwaltung.

5. Finanzknappheit erfordert neue Strategien

Die Situation der öffentlichen Haushalte wird auf absehbare Zeit nicht mehr die „großen Schritte“ ermöglichen. Viele Projekte werden nur in öffentlich/privaten Partnerschaften eine Chance haben. Neue Strategien der entwickelnden Pflege bekommen zunehmend Bedeutung, ebenso wie eine konzeptorientierte regionale Bündelung von Kompensationsmaßnahmen. Wie jede regionale Infrastruktur muß es auch für den Freiraum einen leistungsfähigen Träger geben.

6. Ausgleichsmaßnahmen

Für verflochtene Stadtlandschaften wie das Ruhrgebiet müßte eine stadtgrenzüberschreitende Bündelung von Ausgleichsflächen zu regionalen Freiraumkorridoren ermöglicht werden. Durch



die Bündelung regionaler oder interkommunaler Ausgleichsflächen-Fonds oder „Öko-Konten“ könnten die Freiraumkorridore sogar als vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen realisiert werden.

7. *Arbeitsmarktprojekte*

Eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote auch in den nächsten Jahren erhöht die Bedeutung von Arbeitsmarktprojekten für die Umsetzung von Freiraum-Entwicklungsmaßnahmen.

8. *Interkommunales Projektmanagement*

Das Management der sehr komplexen Konsensbildungsprozesse bei interkommunalen beziehungsweise regionalen Planungen bekommt eine erfolgsbestimmende Bedeutung. Organisationsformen müssen sorgfältig geplant und durch ein laufendes Prozeßcontrolling begleitet werden.

9. *Regionalparks – Symbole interkommunaler Kooperation und strategische Bausteine einer nachhaltigen Raumentwicklung*

Wie die Erfahrungen zeigen, kann aus dem positiven Erleben einer projektorientierten interkommunalen Zusammenarbeit ein Stück greifbarer Identitätsstiftung entstehen. Der öffentliche, gemeinsam entwickelte und gegen konkurrierende Nutzungen verteidigte Freiraum der Regionalparks ist das grüne Herz der Region, vermittelt dem Besucher Orientierung und ermöglicht gemeinsame Aktionen, Kultur- und Sportveranstaltungen ... „zwischen den Städten“. Damit wird aus dem Niemandsland der einander zugekehrten „Rückseiten“ benachbarter Städte ein neuer Fokus für gemeinsame Interessen, sowohl als Symbol wie als realer Ort. Der beste Schutz des Freiraumes ist sicher seine Inwertsetzung und Aneignung durch die Bürger. Es müssen sinnliche Erfahrungen vermittelt und Orte geschaffen werden, zu denen die Menschen eine Beziehung aufnehmen können. Eine auf lange Sicht preiswertere und nachhaltigere Investition in die Zukunftsfähigkeit einer Stadtregion als die Schaffung von Regionalparks „zwischen den Städten“ ist eigentlich kaum vorstellbar.

Industrielles Gartenreich

Rolf Kuhn

Industrielles Gartenreich – das ist ein Kunstbegriff, zwei Worte, die wirken wie mit einem unpassenden Gewinde zusammengeschaubt. Was hat ein Garten, gar ein Gartenreich, mit Industrie zu tun?

Vielleicht muß man sich in Erinnerung rufen, wann dieser Kunstbegriff entstand: Es war beim zweiten Internationalen Walter-Gropius-Seminar im Bauhaus Dessau, in der Woche vom 4. bis 9. November 1989. Genau – das war die Woche, die mit der Demonstration auf dem Alexanderplatz anfang und mit dem Mauerfall endete. Hier begann – nach der zunächst euphorischen Öffnung beider Teile Deutschlands füreinander – doch auch ein oft mühseliges Zusammenschrauben zweier sehr unterschiedlich gewordener Hälften.

Wir aus dem Osten träumten damals, im November 1989, noch von einem dritten Weg. Unsere Kollegen aus dem Westen waren schon realistischer. Sie blickten von West- nach Ostdeutschland und von West- nach Osteuropa und stellten sich auf den kommenden Transformationsprozeß ein. Dieser sollte die Erfahrungen aus dem Westen einbeziehen: Gesucht wurde nach einem neuen Mensch-Natur-Verhältnis, verbunden mit Ressourcenschonung, Kreislaufwirtschaft usw.

Regionale Kultur sollte in diesem Transformationsprozeß nicht eingeebnet, sondern erst richtig hervorgehoben, wiederentdeckt, bewahrt, saniert, neugenuzt, vielleicht auch um- und ausgebaut werden. Für unsere damals schon ins Auge gefaßte Modellregion Dessau-Bitterfeld-Wittenberg bezieht sich das auf die Kultur des Dessau-Wörlitzer-Gartenreiches, aber auch auf die des Industriezeitalters mit seinen Braunkohlegruben, -baggern, -kraftwerken mit ihren phantastischen Turbinenhallen, der AGFA und späteren ORWO-Filmfabrik Wolfen, den Junkerswerken im Dessauer Gasviertel und natürlich dem Bauhaus als künstlerisch-kulturellem Komplementärfaktor zur Industrieentwicklung sowie den Werks- und Mustersiedlungen, die mit dieser industriellen Entwicklung entstanden. Die Vision „Industrielles Gartenreich“ ist die Idee einer Modellregion, die unter Nutzung all dieser kulturellen und naturräumlichen Besonderheiten zugleich in die Zukunft zeigt und auch für andere umwandlungsbetroffene Regionen beispielhaft sein kann.

Fährt man auf der Autobahn von Berlin in Richtung Nürnberg, dann beginnt die mitteldeutsche Industrieregion mit einem Hinweis auf den Wörlitzer Park, dem „guterhaltenen Rest“ des 200jährigen Dessau-Wörlitzer Gartenreiches. Gleich dahinter ragen die vier Schornsteine des 1994 stillgelegten Kraftwerkes Vockerode empor, geradezu ein Symbol dieser Region. Darauf folgt das Hinweisschild „Bauhaus Dessau“, das auf die zum Mythos gewordene Institution



verweist, die den Industrialisierungsprozeß der 20er Jahre mit künstlerischen und kulturellen Impulsen begleitete.

Geht es nach dem Willen der heutigen Mitarbeiter im Dessauer Bauhaus, dann wird ein Hinweisschild folgen mit der Aufschrift „FERROPOLIS“ und auf eine Baggerstadt zwischen Halden und Kratern der Bergbaufolgelandschaft aufmerksam machen. Auch dieser durch gigantische Gerätschaften geprägte Abschnitt der Geschichte des Bergbaus sollte nicht dem Vergessen anheimfallen. Auch aus ihm sollten wir lernen, z.B. daß wir nicht die Beherrscher, sondern ein Teil der Natur sind und daß es gerade in dieser so geschundenen Region nur eine Erholung der Menschen durch eine Erholung der Natur geben kann. Schon heute kann man auf geführten Wanderungen durch den ehemaligen Tagebau erleben, welche eigentümliche Faszination diese „Mondlandschaft“ ausüben kann und wie zugleich die Natur ganz ohne menschliches Zutun Veränderungen der Überreste ihrer eigenen Ausbeutung schafft. Gleichzeitig soll aus den fünf zu FERROPOLIS gehörenden Großbaggern ein lebendiger Ort mit Büros, Cafés, Veranstaltungen, für Forscher und Touristen werden – umgeben von den verschiedensten Gärten und natürlich auch Gärtnern in einer einmaligen Landschaft.

Ein Katastrophenort, den alle schon abgeschrieben hatten, wird zu einem Hoffnungsschimmer für die Zukunft – eben ein „Industrielles Gartenreich“.

Wohnen

Rotraut Weeber

Ich will zwei Thesen vortragen, die zwei große Trends beim Wohnen widerspiegeln. Sie beschreiben auch das Dilemma, indem sich alle befinden, die nach Wegen suchen, wie Stadt und Wohnen weiterentwickelt werden können.

I. *These Eins*

Anlaß dazu war folgende Geschichte: Wir wollten dieses Weihnachtsfest vor allem damit begehen, das Weihnachtsoratorium ausgiebig zu hören und zu genießen. Es wurde auch am 26. Dezember im Konzerthaus in Stuttgart aufgeführt. Ich wollte für meine Familie Karten kaufen. Die hätten mindestens 160 DM gekostet. Ich fand dann beim Bummeln beim Musik- und Buchdiscounter einen CD-Schuber mit Weihnachts- und Osteroratorium für 39 DM. Das ist auch nicht schlecht, dachte ich, dann können wir beim Hören die Füße hoch legen und einzelne Sätze immer wieder hören. So haben wir es dann auch gemacht und das Oratorium als Wohnzimmerkonzert genossen.

Wenn ich Cartoons zeichnen könnte, hätte ich als erste These eine Wohnung gemalt, aus der Staubsaugerschläuche und Düsen herausragen. Die saugen alles aus der umgebenden Stadt: viel Dreck von der Werbung im Fernsehen bis zum Porno im Video, manchen Pfennig vom Home-Banking bis zum Bibliothekskatalog über Internet, auch manche Perle, vom Schachpartner über Mailbox bis zum Tango auf CD oder der ganzen Welt im guten alten Buch.

Als Bildergeschichte würde sich die Wohnung immer weiter aufblasen – bis sie platzt. Oder man leert den Staubsaugerbeutel rechtzeitig aus, und die ganze Staffage, die man sich in die Wohnung geholt hat, kommt in den Müll, so daß man wieder neuen Dreck, Pfennige oder Perlen aufsaugen kann.

Wir saugen gerne aus dem Angebot der Stadt in unsere Wohnung, weil es bequem ist und unsere Möglichkeiten erweitert. Die Wohnung wird quasi autark, für Hobby, Unterhaltung, Bildung und Erledigungen. Was in der Stadt dadurch verloren geht, bedauern wir, nehmen es aber in Kauf. Die viele Staffage, die wir uns in die Wohnung holen, kostet Geld, braucht immer mehr Platz. Auch das bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Probleme, die wir haben, um die Menschen mit Wohnungen zu versorgen.

II. *These Zwei*

Mein zweites Bild ist eher das Gegenteil. Hier wohnt man gut gedämmt und vor der Umwelt geschützt im Kokon, und in diesem Kokon befinden sich meist nur eine oder zwei Personen. Ich

zeige dazu den ersten Preis im Wettbewerb „Das Wunschhaus der Deutschen“, veranstaltet vom Magazin Stern und der Bausparkasse Schwäbisch Hall 1996. Motto des ersten Preises: Ohne große Distanz getrennt leben. Ich zitiere: „So kann das junge Paar preiswert mit dem zwei-

stöckigen, unterkellerten ‘Ersthaus’ mit – man höre und wundere sich – 90 m² Wohnfläche beginnen.

Später kommt das Zweithaus hinzu mit weiteren 70 m², ohne Keller, dafür aber mit Dachterrasse.“ Es ist nicht gesagt, wann dieses „später“ ist; wenn die Kinder kommen, wenn Mann und Frau sich nicht mehr vertragen, wenn



aus den Kindern Jugendliche werden oder die hilfebedürftige Oma ins Haus bzw. eben nicht ins Haus sondern ins Zweithaus zieht. Davor befindet sich ein Eingangsgebäude: ein Carport, der auch überdachte Spielfläche sein kann, dahinter liegt der geschützte, nicht einsehbare Innenhof und Garten. „Der Rückzug ist genauso möglich wie das Miteinander.“

Seitdem das Zusammenwohnen nicht mehr durch wirtschaftliche Grenzen und durch die Unterordnung der Frau unter das Diktat des Mannes erzwungen oder erleichtert ist, ziehen es die Menschen zunehmend vor, die Beziehungsarbeit, die das freiwillige Zusammenwohnen erfordert, im Alltag auf das Minimum zu reduzieren. Man rückt auseinander und beansprucht Küche, Bad, Wohnzimmer, Stereoanlage und Fernseher für sich allein. Die Mehrzahl der Haushalte bestehen mittlerweile aus einer oder zwei Personen. Das produziert auch Wohnflächenbedarf, dessen Befriedigung zur Zersiedlung der Landschaft und Wohnungsnot sozial Schwacher führt, trotz ständiger Bautätigkeit.

Es produziert aber auch einen unendlichen Bedarf an Kontakt, Gespräch, menschlicher Nähe, weil der Mensch nunmal ein soziales Wesen ist. Um nicht zu verkümmern – um kein Kaspar Hauser zu werden – kann man nicht nur im Kokon leben, auch wenn das Beziehungsarbeit und Streß spart. Ganz feindlich ist diese Lebensweise natürlich für Kinder und alte Menschen, für die im Kokon kein Platz ist und die auf beiläufige Nähe und Kontakte im Alltag angewiesen sind.

Eine Antwort auf diesen Trend der Vereinzelung und des Verstummens im gewöhnlichen Alltag ist die Suche nach neuen Wohnformen: integriertes Wohnen, gemeinschaftliches Wohnen, Wohngemeinschaften nicht nur für Studenten, sondern für Alt und Jung. Sie kennen das. Es gab jede Menge guter Modelle, nur – Selbstläufer wurden sie bisher nicht. Für die meisten bleibt es

eine sozial bemühte Bewegung, die man zwar gut findet, von der man sich selbst aber lieber fern hält.

Die andere Antwort ist, zeitweise den Kokon zu verlassen und den Kontakt mit Gleichgesinnten in der Stadt zu pflegen. Das machen auch insbesondere die jungen Urban Professionals, aber auch die mittelalterlichen und gut gebildeten Frauen reichlich. Es bilden sich differenzierteste Gemeinden Gleichgesinnter. Ihre Nachfrage erzeugt auch ein Angebot. Das merken wir besonders in den Innenstadtquartieren, wo sich doch eine Menge Urbanität entwickelt. In die Röhre schauen aber all diejenigen, die nicht das Geld, die Mobilität, den Impetus und die Kompetenz haben, irgendwo dazuzustoßen und ins Gespräch zu kommen. Ganz mies sind die Bedingungen in den Vorstädten, in denen ja die Masse der Menschen lebt. Hier erzeugt das Bedürfnis kein Angebot, „tote Hose“ herrscht vor.

Stadt-Ansichten am Wochenende – Zwischen Stadt-Sucht und Stadt-Flucht –

Jürgen P. Rinderspacher

Das Wochenende umfaßt nach allgemeiner Auffassung drei Tage: Freitag, Samstag und Sonntag, manchmal auch den Montag. Ich nehme einmal die drei klassischen Tage und frage: Was macht die Stadt an diesen Tagen mit den Menschen und was machen die Menschen mit der Stadt? Früher, besonders in der Kleinstadt, wäre die Antwort einfach ausgefallen: Sie machen sie schön. So lange ist es noch gar nicht her und mancherorts noch üblich, daß am Samstag die Bürgersteige gefegt wurden. Das sind dann allerdings auch gleichzeitig diejenigen Ansiedlungen, in denen die Bürgersteige besonders früh hochklappen.

Dort, wo niemand mehr persönlich vor der eigenen Haustür kehrt, rüstet die Stadt am Wochenende zum Ausstieg aus der Saubermann-Kultur, will sogar vorsätzlich schmutzdelig, lasterhaft, lüstern, leichtsinnig erscheinen, exzeptionell eben wo immer es geht. Der klassische Lohntütenball der Bauarbeiter, Kohlenträger, Opel-Werker am Freitag (dem lange der Samstag als Arbeitstag folgte) brachte nur ungeschminkt zum Ausdruck, was alle dachten und noch immer denken: *Die Nacht ist nicht allein zum Schlafen da, die Nacht ist, daß etwas geschieht.* Am Wochenende soll all das geschehen, was unter normalen Bedingungen zwar theoretisch möglich, aber praktisch unwahrscheinlich ist: *daß etwas geschieht.* Die Nacht zum Tage machen, dieser zeitliche Luxus, das bleibt normalerweise denen vorbehalten, deren gesellschaftliche Rolle mehr oder weniger neben der Spur liegt. Schon immer haben Playboys und Studenten und Leute aus der Geschäfts- und natürlich auch aus der Geschlechtswelt die Stadt in der Nacht wachgehalten, neuerdings auch Selbständige, Frührentner und Arbeitslose. Dagegen bricht die immer kleiner werdende Masse der Normalbürger, sofern sie nicht über Fernsehkanäle zapft oder im Internet surft, auf in die City, um das Weekend zu zelebrieren. Ein Großteil der über die Woche mehr oder weniger nutzlos vorgehaltenen städtischen Infrastruktur erhält plötzlich ganz augenscheinlich ihren Sinn: Kinopaläste, Diskotheken, überdimensionierte U-Bahnhöfe vor gewaltigen Stadien, die unter der Woche eine geisterhafte Ruhe verbreiten, ebenso wie die traditionellen religiösen Kathedralen. Gartenlokale gigantischen Ausmaßes erwachen aus ihrem Dornröschenschlaf, die Lustschiffart auf Rhein, Alster und Havel fährt ihre Flotte aus.

Fußgängerzonen erweisen sich am Wochenende plötzlich als viel zu eng, innerstädtische Parkhäuser als zu klein, und Kinder gehen regelmäßig verloren im Gedränge der Samstagvormittagsmärkte vor den Rathäusern der Stadt. Rollstuhlfahrer haben am Samstag die schlechtesten Chancen. Die Stadt, das Chaos, das Wochenende: „Entzerrung, Entzerrung!“ rufen die einen – „schön, daß mal wieder was los ist“, rufen die anderen. Der Streit ist entbrannt. Auslöser für die Diskussion um die zeitliche Organisation der Stadt ist die Forderung nach zeitlichen Strukturen,



die dem Bedürfnis des einzelnen angepaßt sind und nicht von einem monopolistischen Zeitgeber abhängt, der bislang vor allem der von der Arbeitswelt diktierte Rhythmus, der industrielle Arbeitstag war. Die Schlagworte der Neu-Zeit sind: Differenzierung, Individualisierung, Optimalität auch in der Zeitgestaltung, Zeit-Komfort.

Aber, wie gesagt, seit die Diskussion darüber entbrannt ist, seit der Entzauberung unseres Wertesystems der Familie, der Religion, unserer Alltagsmythen und auch unserer gebräuchlichen Zeitkultur, treffen nun die gegensätzlichen Bedürfnisse unmoderiert aufeinander. Handelt es sich nicht eher um eine Zeit-Unkultur, wenn sich die Menschen zu ein und demselben Zeitpunkt an einem Ort zu einem großen Haufen formieren, um am Wochenende Urbanität zu zelebrieren? Auf der anderen Seite: Halbvolle Fußgängerzonen, Wochenmärkte, auf denen man nicht anstehen muß, Kinos, in denen man darüber streiten darf, welcher Platz der beste ist, leere Tanzflächen und Stadien, die nur auf den besten Plätzen besetzt sind: Wann findet denn eigentlich Urbanität statt? Die entzerrte Stadt wäre ein Eunuch, vernünftig wie ein Finanzamt und gesund wie eine Birkenstocksandale.

Und trotzdem auch das andere Phänomen: Nichts wie weg, egal wohin, möglichst schnell, möglichst weit. Auch diejenigen, die in die Stadt gezogen sind, obwohl sie draußen billiger leben könnten, werden regelmäßig zu Stadtflüchtern, vorwiegend am Sonntag, aber auch fürs ganze Wochenende. Fußballmannschaften und Kirchenchöre haben zunehmend Probleme, noch Menschen zu finden, die sich dafür verbürgen können, regelmäßig da zu sein. Dauercamping, Surfing, Sailing, Trecking, Mounting, Searching, Finding: Ein großer Teil der kleinen Wochenendutopien scheint gerade außerhalb der Stadt zu liegen. Ganz im Gegensatz zu Shopping, Jogging, Dancing, Demonstrating, Meeting, Waiting, Looking, Petting.

Die Entrhythmisierung der Stadt geht aber nicht nur von ihren unmittelbaren Bewohnern aus. Die traditionellen Zeitgeber, die Industriebetriebe und Büros, streben ebenfalls nach mehr Zeit-Komfort, für sich selbst, versteht sich. Und das bedeutet, die Arbeits- und Betriebszeiten werden sich mehr denn je nach der Auftragslage richten. Im Sommer die 60-Stunden-Woche und am Samstag ist dann wieder ein normaler Arbeitstag, oft auch der Sonntag; im Winter die 30-Stunden-Woche und der Freitag bleibt dafür frei. Oder das ganze umgedreht. Diese Jahresarbeitszeitmodelle werden von selbst dafür sorgen, daß die Städte periodisch entzerrt werden, nämlich durch die zeitliche Bindung derjenigen, die das Geld verdienen. Denen eröffnet sich dank liberaler Entzerrungserfolge in der Ladenschlußgesetzgebung aber immerhin die entspannte Shopping-Atmosphäre zwischen 18.30 Uhr und 20.00 Uhr, Dämmershoppen in der allmählich erschlaffenden Fußgängerzone. Wie sich das semiurbane Klima solcher intermediärer Pufferzeiten langfristig auf die Stimmung der Städte auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Das Wochenende ist so vielgestaltig oder scheinbar in sich widersprüchlich wie die Stadt selbst. Das Wochenende und seine Komponenten – Freitag, Samstag, Sonntag und vielleicht noch der Montagvormittag–, sie umklammern das, was die Moderne ausmacht: den geschäftigen, kommerziellen, und zugleich ganz privaten Freitag-Samstag (jeder darf tun, was er will) hier und den traditionsgeladenen, über den Dingen stehenden, manchmal sogar weltfremden Sonntag dort. Der Sonntag ist der Tag, an dem wir, gottseidank, noch immer gute Gründe finden müssen, wenn

wir uns genauso verhalten wollen wie unter der Woche; und das gilt nicht nur für die Arbeit. Individualität, Optionalität, Pluralität, aber auch das Bedürfnis nach Traditionalität, sie alle sind doch eigentlich im Wochenende ganz gut aufgehoben.

Die Sucht nach der Stadt, der Sog ins Gedränge, und die Flucht aus der Stadt, bis hin zur grünen Hysterie, sie sind die Voraussetzung für das, was gemeinhin als freie Entscheidung gilt, ein klares Sowohl-Als-Auch und das wunderbare Bedürfnis, immer gerade dort sein zu wollen, wo man zur Zeit nicht ist, zeitlich und räumlich. Immer gerade dort zu sein, wo die anderen sind – die Spirale der Distinktions- und Differenzierungsbedürfnisse hat prinzipiell keinen logischen Endpunkt. Der Rhythmus der Stadt im Spannungsfeld von Alltag und herausgehobenen Zeiten und das so schön frustrierende Spiel: „Stadtsucht oder Stadtflucht?“, ist längst zum unverzichtbaren Bestandteil unseres Lebensstils geworden. Wir dürfen uns an jedem Wochenende neu entscheiden.

Schlaf-Safe: Über Gastlichkeit im technischen Raum

Reinhard Knodt

I. Technische Stille:

Daß der Schlaf etwas anderes sei als uns die Physiologen sagen, nämlich das vorübergehende Ruhigstellen eines erschöpften Körpers zu dessen Erholung, mag man nicht glauben, wenn man jene Einrichtung betrachtet, die hier nicht ohne Grund als „Schlaf-Safe“ bezeichnet sei, also mit Hilfe eines Compositums aus zwei Sprachen. Der Schlafsafe ist von innen gesichert. Durch Knopfdruck öffnen sich kamerabewachte Türen. Die Rezeption erinnert an einen Bankschalter. Die Preise sind einheitlich, die Zimmer auch. Hier gibt es, wie in einem Flugzeug, nur die Frage „Raucher oder Nichtraucher“ und den Schlüssel.

Man reicht einen Scheck zurück und fährt mit dem Lift in das betreffende Stockwerk, schließt die Tür auf und setzt die Schlafzelle in Betrieb; Licht, Ventilator, Klimaanlage. Die Art und Weise, wie wir solch eine Übernachtungsstelle „betreten“ oder „verlassen“, die Gleichartigkeit der „Zimmer“, die auf einen Zweck hin angelegte Struktur der Anlage könnte beim Benutzer eine gewisse Unruhe erzeugen. Es ist jene Unruhe, die der Schlafsafe zu besänftigen verspricht, etwa indem seine Türen aus Stahl sind. Ansonsten sind da noch die Geräusche. – Ein Sirren, denke ich zuerst, vielleicht die Klimaanlage. Sollte diese ausschaltbar sein, werde ich vielleicht feststellen, daß die Stille, die nunmehr herrscht, wieder etwas Beunruhigendes hat. Vielleicht erinnert sie mich an die Stille einer Gefängniszelle oder eines Sicherheitstrakts, auf dessen Gängen Kameras alle Bewegungen in einen Überwachungsraum übertragen. Ich meine schon, die kleinen Motoren zu hören, die die Kameras bewegen. Nein, wie in einem Gefängnis fühle ich mich eigentlich auch nicht. Ich kann nur nicht schlafen.

II. Technischer Schlaf:

Was ist der Schlaf? Ist er das langsame Hinabtauchen in das Geäst der Träume und der Geräusche einer Umgebung, die man verläßt, um wieder in sich selber einzumünden, nachdem man tagsüber aus sich herausgefordert war? Ist der Schlaf ein Zwischenreich aus Vergessen und Wiedererinnern, ein Land unter den Landkarten der technischen Zeit? – Auf den Marmorbänken des Asklepiustempels lagen die Schläfer im rituellen Genesungsschlaf. Ihr Schlaf diente dazu, die Scheidung von innen und außen zu überwinden und durch Anteilhabe am Göttlichen Genesung zu finden. – Ich bin so sicher weggeschlossen, fällt mir jetzt auf. Es wäre eine große Anstrengung oder sehr viel Geschick nötig, bei mir einzubrechen. Auch ich müßte mich sehr



anstrengen, um hier durch Schlafen Kontakt zu einem Außen oder gar etwaigen Göttern zu erhalten, und wenn jemand der Ansicht sein sollte, solch ein Kontakt, etwa zu den Geräuschen einer umgebenden Stadt, sei unabdingbar für das Erholende des Schlafes, so müßte er hier enttäuscht sein. Vielleicht läßt sich die Anwesenheit der Götter ersetzen – durch TV in allen Räumen? – Mag sein, daß wir schon so weit sind. Rousseau hatte das Wesen der Technik einst definiert, indem er sagte, wir schaffen alles noch einmal, die Stille, die Verbindungen nach draußen, die Sicherheit ... – Der technische Schlaf – und um diesen geht es beim Schlafsafesafe – ist offenbar der Versuch, eine ursprünglich atmosphärische Erfahrung der Stadt, einen leiblich seelischen Korrespondenzvorgang mit anderen Menschen, in deren Atmosphäre des Lebens und Arbeitens wir eingeschlossen sind, als von jeder Korrespondenz unabhängige technische Performance durchzuführen, als die Performance eines stabilen Subjekts, das sich selbst wegschließen kann – in einem Safe eben, zur eigenen Sicherheit. So wird Schlaf im technischen Raum von einem leiblichen Geschehen zur *Tätigkeit* gewandelt. Als Schlaf-tätigkeit ist der Schlaf – ganz folgerichtig für unsere technische Welterperspektive – überall und jederzeit durchführbar, d.h. ob ich früh oder abends oder mittags im Schlafsafesafe ankomme und aus welchem Flugzeug der Welt ich steige – ich werde hier „meinen“ Abend vorfinden, meinen Platz, meine Ruhe, meine Sicherheit.

„Für den Schläfer ist die Welt schweigende Erwartung, daß alles gut wird“, sagte Bachelard einmal. Das Bett ist die „letzte Steigerung der Geborgenheit“, schreibt Friedrich Bollnow in seiner phänomenologischen Studie über Mensch und Raum. „Um schlafen zu können, muß sich der Mensch schon vorher im Gefühl der Geborgenheit befinden“, heißt es bei Minkowski. Die schützende Abgeschlossenheit des Schlafes, die innere Haltung zur Welt, in die sich die Psyche wie in sich selber zurückzieht – im Schlafsafesafe wird sie zum Produkt, zum Sicherheitsschlaf – zu einer „Dienstleistung“, einem technischen Service. – Odysseus hatte sein Bett an einen festverwurzelten Ölbaum gebaut, dessen Krone er abgeschlagen hatte. – Die Betten des Schlafsafes sind durch den Teppichboden hindurch im Beton festgeschraubt.

III. *Gastlichkeit:*

In der ägyptischen Wüste, auf der der Stadt Luxor gegenüberliegenden Seite des Nil, liegt, etwas abseits und in Teilen schon verfallen, ein ehemals großzügiges Anwesen. Nicht weit davon die Stadt, die Taxis und Jeeps, die Geräusche der Fährboote. Der Innenhof des Anwesens ist palmenbeschattet, eine Übernachtungsstätte für Maultiertreiber, Touristenführer, Rucksacktouristen, die die Königsgräber besichtigen wollen und nicht in den klimatisierten Hotels der Stadt übernachten. Die Übernachtungsstelle ist keinesfalls „sicher“. Der Besitzer ist nach europäischen Standards uneinschätzbar. Wer hier übernachten will, setzt sich mit seinem Gepäck in den Hof und wird, nachdem man ihm Tee serviert hat, vielleicht gefragt werden, ob er übernachten will. Fragt er selber, könnte er Probleme bekommen, vielleicht ist kein Zimmer frei, vielleicht ist nur noch ein teures Zimmer frei, vielleicht wird ihm bedeutet, daß er noch eine Weile warten möge. Wird er gefragt und stimmt zu, steht er unter dem Schutz des Besitzers. Die Zimmer sind mehr als einfach. Die Betten sind undefinierbar alt und unbequem. Der Zimmerpreis ist nicht genau zu erfahren, wird vielleicht genannt, ist aber davon abhängig, ob

man an der gemeinsamen Mittagstafel der Maultiertreiber, Taxifahrer und Treckingabenteurer teilnimmt oder nicht, ob man eine Dusche benutzen will oder nicht, ob man geweckt werden will oder nicht. – Wenn man im Zimmer der alten Maultierstation liegt, hört man das Lärmen der Gäste. Der Geruch ist ein nächtliches Mittelding aus Staub und Verwesung und Blüten.

Es wäre nun ein romantisches Mißverständnis, wenn hier der Eindruck entstünde, der Schlafsafes des „Economy Inns“ in nächster Nähe des Flugplatzes in Washington und jene Schlafstelle in der ägyptischen Halbwüste sollten als besonders negatives oder besonders positives Beispiel gegeneinandergestellt werden. Worauf das Augenmerk gelenkt sei, ist stattdessen die Gleichartigkeit der beiden Übernachtungsstellen in Puncto Sicherheit. Es handelt sich nämlich in beiden Fällen um eine Sicherheit, die nicht etwa aus der Anlage stammt, sondern aus der Interpretation derselben durch den Schläfer. Was ihn „sicher“ macht, ist *nicht* die Wachmannschaft in Washington oder die Autorität des ägyptischen Wirts in seiner Umgebung, sondern ein Glaube, ästhetisch gesprochen: ein atmosphärischer Entwurf von Geborgenheit.

„Um schlafen zu können, muß sich der Mensch schon vorher im Gefühl der Geborgenheit befinden“, hieß es bei Minkowski. Wer sich verfolgt fühlt, ist auch im Bett nicht sicher, sagt ein Sprichwort. „Geborgenheit“ ist nicht „Sicherheit“ im technischen Sinn, sondern eine Wahrnehmungsperspektive, eine Art und Weise, auf die Dinge zu sehen. Geborgenheit als atmosphärischer Entwurf stammt nicht daher, daß man den Eigenschaften des „Schlafsafes“, seinem Mechanismus oder seiner Wachmannschaft etwas zutraut. Es hängt auch nicht davon ab, ob man sich etwa ausrechnet, im Einflußbereich der alten Maultierstation sicher zu sein. Sie rührt vielmehr aus der Atmosphäre der „Gastlichkeit“, die sich für den Schläfer *synästhetisch* aus der Umgebung ergibt, aus einem Raum der Gegenstände, Klänge, Symbole bestimmter Riten oder Abläufe, und in den wir uns jetzt vortasten könnten.

*„Aber folge mir Greis, in meine Hütte, damit Du,
wenn Deine Seele mit Brot und Wein sich gelabt hat,
sagest, von wannen Du kommst und welche Leiden Du littest,
Also sprach er und führt ihn hinein, der treffliche Sauhiert,
Hieß den folgenden Gast sich auf ein laubichtes Lager
setzen und breitete drauf der buntgesprenkelten Gemse
großes und zottichtes Fell, worauf er zu schlafen gewohnt war.“* (Od. 14/ 45)

Die Ursituation der Gastlichkeit auf die die wenigen Zeilen aus dem 14. Gesang der Odyssee weisen, gibt Hinweise für den Entwurf auf den ich anspiele. Eumäus führt den Gast ins eigene Haus. Es ist jenes, das ihm einst von Odysseus geschenkt worden war. Er breitet ihm das Fell hin, auf dem er selber schläft, und er bedient ihn, d.h. er weist ihm nicht eine Stelle zu, sondern überstellt seine gesamten Mittel, seine ungeteilte Aufmerksamkeit dem Gast.

Die Rationalisierung von Gastlichkeit im technischen Raum urbaner Systeme, des Verkehrs, der Organisation usf. führt heute zu Veranstaltungen, die die Negation dieser Ursituation sind, die zum anderen aber – und zwar auf einem symbolischen Weg – eben diese Ursituation wieder herstellen, bzw. surrogativ immitieren. TV auf allen Zimmern? – Ja natürlich, das möchte ich haben,



wenn ich schon nicht die Atmosphäre der Stadt habe, in der ich gerade gelandet bin, wenn ich ihren Geruch und ihre Geräusche nicht einmal ahne, dann möchte ich wenigstens CNN – fast trotzig verlange ich es, wie ein Kind, dem man das wenige Wichtige weggenommen hat –, auf allen Zimmern TV! – Der Entwurf einer Atmosphäre von „Gastlichkeit“ – und auch der Schlafsafe hat sie am Ende – entsteht normalerweise im Zusammenhang mit einem Nymbus, der sich ursprünglich in der Person des Gastgebers als Herr über den Ort der Gastlichkeit konzentriert. Daß wir eine Neigung haben, uns schützend bei dem Herrn des Platzes zu bergen und daß wir dazu gewisse symbolische Handlungen vollziehen, ist vielfach untersucht. Bei Eumäus und Odysseus ist der Fall überschaubar. Beim „Schlaf-Safe“ als rationalisierter Form einer bautechnischen Service-Anlage zum Zweck des preiswerten Sicherheitsschlafs liegt er komplizierter, ist aber nachvollziehbar. Vielleicht sind es hier in Washington, im Schlafsafe des Flughafenhotels die Signets der Wachmannschaften, die „Geborgenheit“ als Aura entstehen lassen und die der Amerikaner kennt, ich aber nicht, so daß mir dieser Platz nicht als Ort eines imaginären Gastgebers erscheint, sondern nur als eine Art „Safe“. Für mich als einen in bestimmten Traditionen erzogenen Europäers mag es nämlich sein, daß ich mich am ehesten „geborgen“ fühle, wenn ich eine Nacht in einem Alpendorf in Obhut eines Familienbetriebes und in der Nähe von Holzschnitzereien zubringe, ob nun im anschließenden Steilhang eine Lawine lauert oder nicht. An Plätzen wie dem Schlafsafe oder dem heruntergekommenen Anwesen in Luxor herrscht eben ein anderer Gott. Meine bloße Ahnung, mit der Gastlichkeit in Luxor wäre es trotzdem besser bestellt als im Schlafsafe, rechne ich romantischen Neigungen und unbegründbarem Kulturpessimismus zu, der den Veranstaltungen des technischen Raumes im Herzen mißtraut. Ich müßte genau wissen, daß ich nirgends sicherer bin als gerade hier, nur – was mich sicher macht ist nicht das Wissen, sondern etwas Atmosphärisches, etwas, das verloren ging auf dem Weg in die bessere Stadt, wie ich befürchte.

IV. *Das Erwachen:*

Durch beschleunigte symbolische Austauschvorgänge, den schnellen Wechsel von Umgebungen und durch das instrumentelle Verhältnis zu atmosphärischen Entwürfen (man denke daran, mit welcher Selbstverständlichkeit bestimmte symbolische Hintergründe oder Dekorationen (von Jahreszeiten in Verkaufsläden) ausgetauscht werden – wird heute ein Verhältnis zu den Dingen tragend, das eine ganz besondere psychische Struktur hervorbringt, eine Struktur, die sich gewissermaßen im Gleichklang mit dem technischen Raum befindet. Emil Durkheim machte sie einmal kenntlich, indem er über den Zustand eines aus dem Schlaf Erwachenden schrieb: „Es ist ein gewichtsloser, körperloser, raumloser, weder in sich gefestigter noch gerichtet dahinfließender Gesamtzustand ohne Raumbewußtsein und bedeutsamerweise ohne eigentliches Selbstbewußtsein.“

Jener „körperlose, ungerichtet fließende Gesamtzustand“ ist der Zustand einer Psyche, die sich in einer Stadt, in der sie gerade angekommen sein mag, nicht mehr zurechtfindet, die sich bloß noch im „Netz“ auskennt und die weiß, wie bestimmte Verkehrsmittel zu bedienen sind. Sie befindet sich also inmitten einer großen Veranstaltung zu ihrer eigenen Sicherung und Beruhigung, sie hat einen Kopfhörer auf und sie hängt wie ein Stück Fleisch über den Sitzen eines Interkontinental-

flugzeuges, um nichts weiter zu sein als eben transportiert. Sie kann sicher sein und sie kann sogar in irgendeiner Stadt sein – aber sie kann dennoch nicht geborgen sein. – „Mein Bett soll mich trösten, mein Lager soll meinen Jammer erleichtern“, heißt es bei Hiob. Der Jammer des Menschen, der sich nicht mehr „hier“ oder „dort“ einfinden kann, der sich vielmehr von Ort zu Ort bewegend überall im selben bewegt, der sich selber in den Schlafsafe verbracht hat, welcher ein Monstrum der Ungeborgenheit ist – was tut er?

Ja, in der Tat, er muß ständig etwas tun. Er kann es nicht lassen. Er muß, selbst wenn er schläft, dafür sorgen, daß die ausgeruhte Person hergestellt wird, der freundliche, kooperative Kollege, der Fachmann in irgendwelchen sekundären Bezügen jener Veranstaltung, vor der er sich nicht einmal mehr in den Schlaf zurückziehen kann. – Nepentes? – Keine Götter, die Vergessen schenken; es ist schon alles vergessen. Keine Geräusche, nicht die langsam abebbenden Klänge einer nächtlichen Stadt, in deren hüllenden Raum wir eintreten. Es gibt keine „Stadt“ mehr. Es gibt nur noch die Zonen der Zeit, die Terminals und die Orte höherer Frequenziertheit. Ansonsten – angestregtes Tätigsein. Erholung als technisches Problem, als eine Form des Machens. In einem Gerät namens „relaxman“ im Keller eines pyramidenförmigen Hotels in einer deutschen Stadt soll man sich, nach den Buchstaben der Anpreisung, in 50 Minuten so gut erholen wie ansonsten nur „mit Hilfe von fünf Stunden Schlaf“. Der ursprüngliche Sinn der Erholung war die Rückholung der Kraft. Es war, als ob der Körper einen Weg zurückzulegen hatte durch Nacht und Traum. Die Frage, was wir uns in dieser Zeit holten, was wir wieder einholten, stellen wir heute nicht mehr. Stattdessen muß es schnell gehen – auch mit der Erholung. Unsere Seelen huschen dabei nicht einmal mehr von „Stadt“ zu „Stadt“, sondern nur noch von „Veranstaltung“ zu „Veranstaltung“. Sie landen zwischendurch bei der Veranstaltung des technischen Schlafs: Sicheres Aufgehobensein technisch durchgeführt und TV-unterstützt – rundherum Erlebnisdesign. Die Pyramide als Symbol der letztmöglichen Geborgenheit.

Keine Götter, die Vergessen schenken; es ist schon alles vergessen. Keine Geräusche, nicht die langsam abebbenden Klänge einer nächtlichen Stadt, in deren hüllenden Raum wir eingetreten sind. Um uns herrscht nur der „Raum“ der Veranstaltung, etwa die Veranstaltung „Pyramide“. Die Gänge sind gelb, stilisierte Fackeln an den Wänden, Papyrusstäbe, hart wie Metall, ein Wasserfall, Lanzen die Garderobenständer, die Tempelmauer des Tempels von Edfu aus Pappmaché und ein „Europa Garden – Kaffee“. Drumherum Industrieschrott, ein Krankenhaus, das Warenlager eines Bekleidungshauses. – Es scheint – nein, es scheint nicht, es ist offenbar – es gibt keine „Stadt“ mehr. Es gibt nur noch die Zonen der Zeit, die Terminals und die Orte höherer und weniger hoher Frequenziertheit, größerer oder weniger großer ikonographischer Dichte, und „Echtheit“ ist schon lange nicht mehr. Ansonsten – angestregtes Tätigsein, um uns die Motoren, über uns die Sprinkleranlagen. Und auch wir sind angestregt tätig. Vielleicht schwitzen wir sogar, trotz der Klimaanlage.

„Ach, Kultur...“

Olaf Schwencke

I. *Als die Bundesrepublik noch jung war*, also noch vor ihrer ersten gesellschaftskritischen Herausforderung der ausklingenden 60er Jahre stand, war sie ländlich, rustikal geprägt und gab sich entsprechend – nicht ohne Nachwehen und Nachwirkungen der Nazi-Jahre – unintellektuell und unkulturell, wenig urban. Ein gebildeter Mensch wie der seinerzeitige Bundesaußenminister konnte, öffentlich noch ungestraft, den Dichter Berthold Brecht auf eine Ebene plazieren mit dem Nazi-Krakeeler Horst Wessel: Es herrschten Pinscher-Jahre!

Ich rufe uns diese politische Einschätzung, über die es ja in der Nachkriegs-Geschichtsschreibung Konsens gibt, ebenso in Erinnerung wie das berühmt gewordene Pinscher-Wort des damaligen Bundeskanzlers Ludwig Erhard, das übrigens auch sein Ende einleitete; Originalton: „Nein, so haben wir nicht gewettet. Da hört der Dichter auf,“ – gemeint waren die Literaten und Intellektuellen, die sich an den *Plädoyers für eine neue Regierung* (1965) beteiligt hatten – „da fängt der ganz kleine Pinscher an“.

Eine Epoche war nun zu Ende gegangen, die wohl zurecht „Adenauer-Zeit“ genannt wird; der sie prägte, war autoritätsorientiert, klerikal, pragmatisch nach vorn und wenig zweifelnd zurückblickend, handelte unkritisch, war wohlstandsorientiert. Gesellschaftskritik war noch ein Fremdwort! Erst im Aufbegehren einer kritischen Generation an den Hochschulen, im außerparlamentarischen Protest auf der Straße, veränderte sich die Bonner Republik; sie wurde urban und verlor das betulich bedächtige Gute, Wahre und Schöne der Kunst in der Konfrontation mit dem politisch Alltäglichen: Es begann eine städtische Kulturpolitik, die nicht mehr idealistisch-ästhetischen, sondern gesellschaftspolitischen Leitbildern folgte.

Sie, diese Neue Kulturpolitik, hat die Bürger zunächst verunsichert, dann die Kontroverse als Streitkultur befruchtet und schließlich befriedend auf eine Gesellschaft samt ihren zu reformierenden Institutionen gewirkt, die der neuen Stadt-Ansichten dringlich bedurften. (Im Bonner Haus der Geschichte kann man sehen und bei Hermann Glaser in seiner großartigen „Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland“ nachlesen, was ich mit dieser Kurzschilderung auszudrücken versuchte.)

II. *Doch siehe da* – als man sich in den Städten umsah: die Städte, die man „modern“ wieder aufgebaut hatte, aus Kriegstrümmern einerseits und aus den später selbst geschaffenen ohne Bomben andererseits, gefielen nicht mehr! Unwirtlich, wie sie nun empfunden wurden, taugten diese Lebensorte weder für die Gegenwart noch erst recht nicht für die Zukunft. „Rettet unsere Städte jetzt!“, lautete daher das Motto auf dem Kongreß des Deutschen Städtetages 1971 in München! „Wenn aber die Gewaltigen klug sind, so gedeiht die Stadt.“ (Sirach 10,3)



III. Die Bundesrepublik ist spät in ihre urbane Phase getreten. Erst die Reformpolitik der sozial-liberalen Regierung Willy Brandts hat dazu geführt, daß Stadtgeschichte auch zur bundesrepublikanischen Kulturgeschichte wurde. Die neuen Stadt-Ansichten, befördert durch eine veränderte Kulturpolitik, die Denkmalschutz als gesellschaftspolitische Aufgabe einschloß, setzte sich durch. Leitbilder kulturellen Denkens und urbanen Handelns waren nun

- | | | |
|---------------|---|--------------------------------|
| Kommunikation | – | gegen Vereinzelung, |
| Kreativität | – | gegen beherrschende Zwänge und |
| Reflexion | – | gegen bloße Anpassung. |

In diese Phase unserer Republik fallen die vielen bürgerdemokratischen Basisinitiativen: Soviel Aufbruch war nie vorher gewesen – und soviel Reformeifer gab es nie wieder! Die Bundesrepublik war ‘erwachsen’ geworden durch das Wirken seiner Bürger. Diese hatten begonnen, angestoßen von der Jugend an den Hochschulen, ihre Dinge selber in die Hand zu nehmen. „Mehr Demokratie wagen!“; das bedingte eine ‘andere’ Kulturpolitik: Der „deutsche und vielleicht abendländische Irrtum, daß wir Kultur haben, wenn wir Sinfonien haben“ (um Max Frisch zu zitieren), wurde gesellschaftspolitisch korrigiert: theoretisch namentlich durch Erklärungen des Deutschen Städtetages, die kulturpolitischen Kolloquien der Loccumer Akademie, die „Plädoyers für eine neue Kulturpolitik“ und das „Grundsatzpapier“ der Kulturpolitischen Gesellschaft. Vor allem aber an der Basis, in der Praxis vor Ort durch die zahlreich entstehenden „Kommunikations- und Aktionszentren“ – von der Hamburger *Fabrik* bis zur *Kresslesmühle* in Augsburg, von *Bethanien* in Berlin-Kreuzberg bis zum Nürnberger *KOM*.

IV. In einem leidenschaftlichen „Appell an die Vernunft“ an die Gebildeten unter den Bürgern der Weimarer Republik hatte Thomas Mann 1930 zur Rettung der deutschen Demokratie aufgerufen: Für „Freiheit, Gerechtigkeit, Bildung, Optimismus, Fortschritt ...“, diese kosmopolitischen und humanitären Prinzipien, einzustehen, hatte er das Bürgertum im Kampf gegen „exzentrische Barbarei und primitiv-massendemokratische Jahrmarktsrohheit“ – leider vergeblich, wie wir wissen, aufgerufen.

Heute bedarf es derartiger Appelle nicht: längst ist die Bundesrepublik Deutschland ein ziemlich normales westeuropäisches Land geworden – und darin ‘normal’, daß die (frühe Thomas Mann’sche) Gegensatzkonstruktion von westlicher Zivilisation und deutscher Kultur überwunden ist!

V. „Der Mensch kennt nur sich selbst, insofern er die Welt kennt, die er nur in sich und sich nur in ihr gewahr wird“ (J. W. v. Goethe).

Stadt-Bilder als Ausdruck der Zeit, die wir in uns tragen, sind krisen- und konfliktabhängig wie die Gesellschaft selbst. Niedergang und Aufstieg einer Kultur spiegeln sich in Stadt-Ansichten. Das muß uns bewußt bleiben.

VI. *Frohgemut ist die Stimmung derzeit nicht.* Skeptisch betrachte ich die politische Kultur auf dem Weg in die neu entstehende ‘Berliner Republik’, aber nicht pessimistisch, wenn so etwas wie demokratische Moralität als *communis opinio* erhalten bleibt. Wenn es gelingt, mit den komplexen Erfahrungen dieser pluralen, multikulturellen Gesellschaft individuell verantwortungsvoll umzugehen, wäre das eine immense kulturell-moralische Leistung, also zukunfts-trächtig!

Voraussetzung dafür ist, daß uns eine öffentlich verantwortbare Kulturpolitik erhalten bleibt, die sich diesem demokratischen Begriff als würdig erweist! Demokratie als urbane Lebensform zu praktizieren, meint mehr als seiner Wahlpflicht zu genügen und das Grundgesetz zu beachten, sondern die Institutionen dieser Demokratie lebendig zu erhalten: die Volksparteien, die Gewerkschaften, die Kirchen, die Vereine und Verbände. Sie sind die dauerhaften Strukturen demokratischer Moralität dieser Republik, und keiner darf sie leichtfertig aufs Spiel setzen. Goethes Hinweis auf Apolda, seine Iphigenie rede so verteufelt human, „als ob kein Strumpfwirker in Apolda hungerte“, sollte gelten – bei gegenwärtig fast fünf Millionen Arbeitslosen im Lande.

VII. *Perspektiven für eine urbane Zukunft ...?* Keine Chancen haben die rückwärts Orientierten, diejenigen, die in der Bewahrung des Guten, Wahren und Schönen das künftige Heil unserer Kultur sehen; wenig Chancen haben wohl auch die, die auf einen neuen Schwung der Künste hoffen – den sehe ich bei erkennbarer Erschöpfung nicht mehr als zukunftsweisend; doch könnten übermorgen schon Überraschungen möglich sein! Chancen hat allemal ein selbstbewußtes liberales Bürgertum mit demokratisch-kulturellen Ambitionen; doch die demokratischen Institutionen müßten dafür stabil bleiben. Das allerdings geschieht nicht wie von selbst.

Und ein Letztes wünsche ich mir: die Wiederentdeckung eines philosophischen Prinzips für unsere Städte. Das *θαυμάζειν*, das „Staunen“ – in der Stadt den Weg zum richtigen Leben zu finden, könnte heißen: Neues im Flanieren aufzuspüren; Chaotisches nicht als störend, sondern als inspirierend zu empfinden; Differenziertes wahrzunehmen und Fremdes, Befremdliches als eigene Chance zu begreifen.

Stichwort Arbeitsbeschaffung

Axel Bust-Bartels

„Wenn Du ein gutes Schiff bauen willst“, schreibt Saint-Exupéry, „trage nicht Nägel, Werkzeug, Holz zusammen, sondern wecke bei den Zimmerleuten die Sehnsucht nach der unendlichen Weite des Meeres.“

Mit der Utopie ist bei uns aber so gründlich aufgeräumt worden, daß schon der ernsthafte reformpraktische Blick auf eine der gängigen politischen Floskeln als weltfern gilt. Arbeitsplätze, Arbeitsplätze... tönt es unisono – um die Unzufriedenen zu beruhigen und die eigenen Interessen um so besser verfolgen zu können. Aber jeder, der ernsthaft bemüht am Ziel der Vollbeschäftigung festhält, wird mit den Keulen der Sachzwänge erschlagen. Der Anweisung von Saint-Exupéry – so wichtig sie ist – muß heute etwas vorweggehen. Mehr denn je gilt es zunächst gegen die Logik der Sachzwänge objektive Möglichkeiten aufzuzeigen.

Auf eine – in der Beschäftigungspolitik bisher wenig beachtete – Möglichkeit will ich im folgenden aufmerksam machen: Seit langen Jahren ist bekannt, daß auf Grundlage der vorhandenen wirtschaftlichen und fiskalischen Kreislaufzusammenhänge die gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit fast genauso hoch sind wie die Kosten der tariflichen Bezahlung von Beschäftigung (wobei die Zahlung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe an die Arbeitslosen nur einen geringen Teil der Kosten ausmachen; 1996: 29,6 %). Die hohe Selbstfinanzierungsquote, wenn statt Arbeitslosigkeit tariflich bezahlte Arbeit finanziert wird (nämlich etwa 95 %), ergibt sich aber nur über alle öffentlichen Haushalte hinweg, das heißt nur für einen fiktiven öffentlichen Gesamthaushalt. Für den öffentlichen Einzelhaushalt als Kostenträger einer beschäftigungspolitischen Maßnahme finanziert sich *heute* eine solche Maßnahme keineswegs „von selbst“. Die vermiedenen Kosten der Arbeitslosigkeit kommen nämlich zum großen Teil anderen öffentlichen Haushalten zugute, bei denen gar keine Maßnahmekosten entstehen. Erst die Zusammenschau aller Haushalte (Bundesanstalt für Arbeit, Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger), der „Nettozahler“ und der „Nettogewinner“ (Trittbrettfahrer) ergibt die hohe Selbstfinanzierungsquote.

Auf Grundlage dieser fiskalischen Zusammenhänge wurden Mitte der 80er Jahre erste rudimentäre Vorschläge gemacht, über Finanzausgleichsregelungen zwischen den öffentlichen Haushalten oder verschiedenen Fondsmodellen eine weitergehende aktive Arbeitsmarktpolitik „billig“ zu finanzieren. Ich selber habe 1987 vorgeschlagen, die Möglichkeiten, die die aufgezeigten fiskalischen Zusammenhänge bieten, nicht nur für den „Zweiten Arbeitsmarkt“ (ABM, Umschulung etc.) zu nutzen, sondern damit direkt steuernd in den ersten normalen Arbeitsmarkt einzugreifen, um bestimmte Fehlentwicklungen zu korrigieren, den Bereich der Humandienste auszubauen und die ökologische Konversion zu unterstützen.



In den folgenden Jahren ist man mit solchen Argumentationen gegen eine Gummiwand gelaufen. Da die Vorteile eines solchen Finanzierungsmodells so offensichtlich waren, und es nur ideologisch-marktwirtschaftliche Argumente gegen ein solches Vorgehen gab, schwiegen die Herrschenden – um eine alte Metapher zu verwenden – lieber und vermieden die öffentliche Auseinandersetzung.

Nach diesem langen Schweigen haben seit zwei, drei Jahren Teile der SPD, der IG Metall und eine Reihe bekannter Arbeitsmarktforscher diese billige Finanzierungsmöglichkeit von Arbeit wieder ausgegraben, aber nur, um damit einen „öffentlich geförderten Beschäftigungssektor auf Dauer für Problemgruppen“ billig installieren zu wollen. Das ist zwar allemal besser als die bisherige Politik der Bundesregierung, die eher die Arbeitslosen als die Arbeitslosigkeit bekämpft. Warum denn aber mit caritativer Geste nur für Problemgruppen des Arbeitsmarktes, die dann zeitlich befristet und schlecht bezahlt in diesem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor Tätigkeiten verrichten, die das Manko der „Zusätzlichkeit“, des „nicht-so-Wichtigen“, der mangelnden Effizienz haben? Das wird kein gutes Schiff – um im Bild von Saint-Exupéry zu bleiben.

Diese neuen Finanzierungsmöglichkeiten wären dem gegenüber auch ganz anders offensiv zu nutzen, um zehntausenden, wenn nicht hunderttausenden Menschen eine gesicherte lebenslange neue Berufsperspektive auf tariflich bezahlten neuen Arbeitsplätzen im normalen ersten Arbeitsmarkt zu bieten – und zwar in den Bereichen, in denen es vor allem an zusätzlichen Personalmitteln für eine innovative Politik mangelt. Das sind der Bereich der Humandienste (Gesundheit, Altenpflege) und der Kultur (in öffentlichen Institutionen wie in privaten Initiativen) sowie der Bereich der ökologischen Konversionspolitik (denn die ökologischen Lösungen vieler gesellschaftlicher Problemlagen sind häufig die arbeitsintensiveren).

In diesen von der gegenwärtigen Sparpolitik und den Sachzwängen einer wildgewordenen betriebswirtschaftlichen Logik besonders gebeutelten Bereichen könnte es zu einer innovativen Aufbruchstimmung kommen, die gar nicht hoch genug bewertet werden kann. Das mag utopisch klingen in einer Zeit des Sparzwanges – der übrigens keiner ist, sondern die als Sachzwang verbräunte politische Entscheidung, Ressourcen aus nicht mehr so präferierten Bereichen einer anderen Verwendung zuzuführen. Der Reformvorschlag dieses neuen Finanzierungsmodells hätte den Vorteil, verwirklicht werden zu können, ohne viel Mittel aus anderen Bereichen zu beanspruchen.

Warum wird nun eine solche Politik nicht angegangen, ja nicht einmal öffentlich diskutiert? Hier wären viele Gründe aus den Themenkomplexen „Politische Macht“ (politische Macht besitzt, wer die Probleme der Gesellschaft definiert und die zu entscheidenden Alternativen vorgibt), „Schwerfälligkeit von Institutionen“ und „Interessen in unserer Gesellschaft“ zu nennen. Ich will darauf nicht im einzelnen eingehen und statt dessen mit einem Appell schließen: In Anbetracht der Brisanz der Arbeitsmarktsituation und der unabsehbaren gesellschaftspolitischen Folgen der langandauernden Massenarbeitslosigkeit sollte sich die Politik einen Ruck geben, die ideologisch-marktwirtschaftlichen Bedenken zurückzustellen und pragmatisch eine solche



Reform zumindest in einem Versuch angehen!

S T A D T

Ansichten – Einsichten – Aussichten

Ingrid Mielenz

I. *Stichworte zur aktuellen Stadt-Ansicht*

Lassen Sie mich nur kurz in Stichworten die Entwicklungen der letzten Jahre aufzeigen, die aktuelle Stadtansichten prägen:

- Gesellschaftliche Entwicklungen:

demographische Entwicklung, weniger Kinder, mehr ältere Menschen, Wandel von Kindheit und Jugend, Veränderung der Familienstrukturen, mehr Alleinerziehende, Zunahme der Einpersonenhaushalte, Individualisierung, Kommerzialisierung, Suche nach einfachen Lösungen, Zunahme fundamentaler Haltungen ...

aber: Suche nach Nähe (bei gelebter Distanz), Engagement in Ehrenämtern und Selbsthilfe

- Sozio-ökonomische Entwicklungen:

Umstrukturierungen in Wirtschafts- und Dienstleistungsbereichen, Einbrüche im industriellen Sektor, Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Obdachlosigkeit, Sozialhilfebezug, Schulden, Armut, ²/₃-Gesellschaft, psycho-soziale Folgeprobleme aller Art ...

aber: privater Reichtum (z.B. 4,9 Billionen DM privates Geldvermögen)

- Politische Entwicklungen:

Europa, Wiedervereinigung in Deutschland, Globalisierung; Spar- und Konsolidierungsprogramme der Bundesregierung (und „vor Ort“), „Reformen“ mit tiefen Einschnitten in das soziale Sicherungssystem, Finanzkrisen in den Kommunen, Rückzug der Länder aus bisher finanzierten Leistungen, Stadt-Umland-Probleme, Schuldzuweisungen an die Betroffenen (Sozialmißbrauch), Aberkennung von Bedürftigkeit ... , „Wettbewerb“ der Städte.

II. *„Zuständigkeiten“ einer Stadträtin: „Stadt-Einsichten“*

Jugend- und sozialpolitische Probleme „vor Ort“ möchte ich mit einer Reihe von „Schlüsselworten“ auflisten:

– arm, mittellos, minderbemittelt



- arbeitslos, langzeitarbeitslos, schwer vermittelbar
- alt, krank, gebrechlich, pflegebedürftig
- behindert, schwerbeschädigt
- fremd, vertrieben, ausgesiedelt, geflüchtet
- obdachlos, auf Trebe
- verschuldet
- süchtig, drogenabhängig
- verstoßen, verwaist, verlassen, getrennt, geschieden
- alleinerziehend
- geschlagen, mißhandelt, mißbraucht, vergewaltigt
- desorientiert, ratlos, hilflos, entmündigt, auffällig
- diskriminiert, stigmatisiert, entrechtet, belastet, diffamiert
- unmündig, minderjährig, schwer erziehbar
- verurteilt, kriminell, gewaltbereit, gewalttätig
- benachteiligt, randständig, marginalisiert

III. *Stadt–Aussichten*

Welche Möglichkeiten hat eine Jugend- und Sozialpolitik? Was benötigt Jugend- und Sozialpolitik für die anstehenden Problemlösungen?

- Wir brauchen eine Umkehr der Politik in Wirtschaft und Gesellschaft.
- Die Akzeptanz für Sozialpolitik und ihre Leistungen muß wieder hergestellt und verbessert werden. Wir bedürfen einer Bewertung von Sozialpolitik, die ihrer Bedeutung für die betroffenen Menschen entspricht (Sozialpolitik bestimmt das ganze Leben).
- Menschen richten ihre Erwartungen an die „Politik vor Ort“. Kommunen müssen wieder handlungsfähig werden. Dazu sind nicht nur eine konsequente Aufgabenpolitik und Verwaltungsreformen notwendig (was Bund und Ländern ja auch ganz gut täte), sondern eine „Rekommunalisierung“ der Politik. Kommunen müssen sich in Bundes-/Landespolitik mehr einmischen. Sie brauchen mehr Macht, um sich nicht nur einzumischen, sondern sich auch durchzusetzen.
- Damit einher geht die „Politisierung“ der kommunalen Arbeit. Es wird darauf ankommen, nicht nur in Konkurrenz um knappe Mittel zu entscheiden (z.B. ob in das Opernhaus oder in die Jugendarbeit investiert wird), sondern es wird vielmehr darauf ankommen, auch „vor Ort“ die größeren politischen Zusammenhänge wieder herzustellen und zu verdeutlichen.
- Sozial- und Jugendpolitik müssen aufhören, ihr Licht unter den Scheffel zu stellen. Sich um soziale Probleme und arme Menschen zu kümmern, ist nichts Anrüchiges. Es bedarf

allerdings der Entwicklung offensiver Strategien für Öffentlichkeitsarbeit, für die Gewinnung von Bündnispartnern und für die politische Verortung.

- Sozial- und Jugendpolitik müssen sich um Kooperation und Vernetzung bemühen. Da es keine Generalzuständigkeit eines Ressorts für positive Lebensbedingungen geben kann (das ist die Aufgabe des Gemeinwesens als Ganzes), wird es sehr entscheidend davon abhängen, ob und wie die eigenen Handlungsmöglichkeiten genutzt werden.
- Einmischungsstrategien (und Querschnittspolitik) sind notwendige, unverzichtbare Bestandteile offensiver sozialer Arbeit. Es geht um Trägervielfalt, soziale Bewegungen und Vernetzungen mit anderen Politikbereichen (z.B. Wohnen/Arbeit).

Über die Autorinnen und Autoren

- ***Petra Berges***

Die Dipl.-Ingenieurin für Architektur und Stadtplanung Petra Berges war in Architektur- und Planungsbüros mit den Schwerpunkten städtebauliche Konzepte, Wettbewerbe und Hochbau tätig. Ab 1985 ist sie beim Kommunalverband Ruhrgebiet, Essen beschäftigt und entwickelt Projekte zur Verbesserung der Freiraum- und Freizeitqualität und zur Realisierung einer nachhaltigen Stadt- und Raumentwicklung im Ruhrgebiet. Seit 1989 ist sie mit der Projektleitung für integrative, die Fachdisziplinen übergreifende Bearbeitung von regionalen und interkommunalen Projekten der Freiraum- und Stadtentwicklung und Modellprojekten zu Gewerbeflächenentwicklung beauftragt.

- ***Axel Bust-Bartels***

Dr. Axel Bust-Bartels, geboren 1947, studierte Volkswirtschaft und arbeitet seit 1979 mit wechselnden Verträgen als wissenschaftlicher Angestellter und Lehrbeauftragter am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Göttingen. Zahlreiche Veröffentlichungen zu wirtschafts- und sozialpolitischen Themen.

- ***Hermann Glaser***

Prof. Dr. Hermann Glaser, geboren am 28. August 1928 in Nürnberg, studierte von 1947–52 Germanistik, Anglistik, Geschichte und Philosophie in Erlangen und Bristol. Nach seiner Promotion 1952 und dem Lehramtsexamen trat er in den Schuldienst ein. Hermann Glaser war von 1964–90 Schul- und Kulturdezernent der Stadt Nürnberg und wurde durch seine kulturpolitisch innovativen Konzepte und Projekten bundesweit bekannt. Als Publizist hat er zahlreiche Bücher und Aufsätze zu pädagogischen, sozialwissenschaftlichen, kulturgeschichtlichen und kulturpolitischen Themen verfaßt. Hermann Glaser war bis 1990 Vorsitzender des Kulturausschusses im Deutschen Städtetag. Er ist Mitglied des PEN, Honorarprofessor an der Technischen Universität Berlin und als Gastprofessor im In- und Ausland tätig. Seit dem Sommersemester 1996 hat Hermann Glaser eine Gastprofessur am Interfakultativen Institut für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe (TH) inne. Für sein publizistisches Werk wurde ihm 1993 der Große Kulturpreis der Stadt Nürnberg verliehen. Hermann Glaser lebt in Roßtal bei Nürnberg.



- **Wolfgang Kil**

Wolfgang Kil, geboren 1948 in Berlin, studierte Architektur in Weimar und arbeitete freiberuflich als Kritiker und Publizist, bevor er 1992–94 als Redakteur bei der „Bauwelt“ in Berlin tätig war. Er veröffentlichte zahlreiche Aufsätze in Zeitschriften und Büchern und erhielt 1997 den Kritikerpreis des BDA.

- **Reinhard Knodt**

Dr. Reinhard Knodt, geboren 1951, studierte Philosophie, Literatur- und Politikwissenschaften. Der Schriftsteller und Publizist arbeitete am Institut für Gegenwartsliteratur an der Universität Bayreuth und als Wissenschaftlicher Rat für Philosophie an der Universität Erlangen-Nürnberg. Seit 1981 ist er zudem als Funkautor beim Bayerischen Rundfunk beschäftigt. Von 1985–90 war er verantwortlicher Herausgeber der Nürnberger Blätter. Nach einem USA-Aufenthalt 1991 war Reinhard Knodt mehrfach am College International Paris und an der New School New York tätig und hielt 1993 und 1995 Ästhetikvorlesungen an den Universitäten Kassel, Berlin und Erlangen-Nürnberg. Seit 1997 ist er Gastdozent an der LA Kunstakademie Nürnberg.

- **Rolf Kuhn**

Prof. Dr. Dr. Rolf Kuhn, geboren 1946 in Südthüringen, studierte Gebietsplanung und Städtebau in Weimar. Rolf Kuhn war von 1970–77 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Städtebau und Architektur an der Bauakademie zu Berlin und arbeitete 1977–87 am Lehrstuhl für Stadtsoziologie an der HAB Weimar. Er erhielt eine Berufung zum Professor für Soziologie im Städtebau an der Bauakademie zu Berlin und wurde im gleichen Jahr Direktor der neugegründeten Institution Bauhaus Dessau und 1995 Vorstand der Stiftung Bauhaus Dessau.

- **Ingrid Mielenz**

Ingrid Mielenz, geboren 1945, studierte Soziologie, Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft und Arbeitsrecht in Berlin. Seit 1974 war sie Mitarbeiterin und seit 1977 Leiterin der Planungsgruppe beim Senator für Jugend und Familie in Berlin mit den Schwerpunkten Kindertagesstättenplanung, Berufliche Bildung, Wohnen, Stadtsanierung. Ingrid Mielenz erhielt 1984 den Hermine-Albers-Preis der AGJ und war 1987–89 Mitglied der Sachverständigenkommission zum 8. Jugendbericht. Seit 1987 ist Frau Mielenz berufsmäßige Stadträtin für Jugend, Familie und Soziales in Nürnberg und Vorsitzende des Vereins zur Förderung der beruflichen und kulturellen Bildung Berlin.

- ***Christian Neuhaus***

Christian Neuhaus, geboren 1963 in Hamburg, studierte Kommunikationswissenschaften an der Hochschule der Künste Berlin und Betriebswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule Berlin. Er arbeitete als Projektkoordinator im Interdisziplinären Forschungsverbund „Lebensraum Stadt“. Seit 1994 ist er bei der Forschungsgruppe „Gesellschaft und Technik“ der Daimler-Benz AG in Berlin tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte sind gesellschaftsbezogene Zukunftsforschung, darunter stadträumliche Entwicklungen, und die Methodologie der strategischen Analyse des Unternehmensumfeldes.

- ***Jürgen Rinderspacher***

Dr. Jürgen P. Rinderspacher, geboren 1948 in Berlin, studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und Theologie. Er war von 1978–82 Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin, 1983 an der Freien Universität Berlin sowie 1984–91 an der Universität Münster, an der er auch Lehrbeauftragter ist. Seit 1992 arbeitet Jürgen Rinderspacher am Sozialwissenschaftlichen Institut der Ev. Kirche in Deutschland (SWI) in Bochum. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die Zeit-Forschung.

- ***Caroline Y. Robertson-Wensauer***

Dr. Caroline Y. Robertson-Wensauer, geboren am 22. Februar 1951 in Glasgow, studierte Soziologie, Politikwissenschaft, Philosophie und Geschichte in Heidelberg und Karlsruhe und promovierte 1990 in Soziologie. Sie ist Gründungsmitglied und Geschäftsführerin des Interfakultativen Instituts für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe (TH). Caroline Y. Robertson-Wensauer ist Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Kulturwissenschaft und Mitglied des Fachbereichs „Interkulturelle Frauenarbeit“ des Deutschen Frauenrats. Sie war Mitglied der Arbeitsgruppe „Frauen und Entwicklungspolitik“ des deutschen Nationalen Vorbereitungskomitees für die 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking. Zu Ihren Arbeitsschwerpunkten gehören Problembereiche des interkulturellen Vergleichs, ethnische Identität und politische Mobilisation. An der Universität Karlsruhe (TH) lehrt sie im Rahmen der Studienbausteine Multikulturalität, Interkulturelles Lernen, Kultursoziologie, Kulturpolitik und Kulturökonomik des Begleitstudiums „Angewandte Kulturwissenschaft“

- ***Bernhard Schäfers***

Prof. Dr. Bernhard Schäfers, geboren 1939 in Münster, studierte Volkswirtschaft, Soziologie, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Philosophie und Spanisch in Münster und Wien. Von 1971–77 lehrte er an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz und von 1977–83 an der Universität Göttingen. Seither ist Bernhard Schäfers Leiter des Instituts für Soziologie an der Universität Karlsruhe (TH). Bernhard Schäfers war Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und ist Mitglied der Deutschen UNESCO-



Kommission und des Deutschen Werkbundes.

- ***Renate Schostack***

Dr. Renate Schostack, geboren 1938 in Pforzheim, studierte Germanistik und Neuere Geschichte in München, Basel, Paris, West-Berlin und Freiburg im Breisgau. 1964 promovierte sie zum Dr. phil. Danach arbeitete Renate Schostack fünf Jahre als Lektorin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes an den Universitäten Toulouse und Bristol. 1969 trat sie in die Feuilleton-redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein und war von 1970–74 Kulturkorrespondentin in London. Seit 1985 ist Renate Schostack in gleicher Funktion in München.

- ***Olaf Schwencke***

Dr. Olaf Schwencke, geboren 1936 in Pinneberg, studierte Germanistik, Pädagogik, Theologie und Soziologie in Hamburg, Berlin und Cleveland/USA. Er war zehn Jahre lang Studienleiter der Ev. Akademie Loccum. Von 1972–80 war Olaf Schwencke Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1979–84 Mitglied des Europäischen Parlaments. Als Präsident der Hochschule der Künste Berlin war er von 1992–96 tätig. Olaf Schwencke ist Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft, Bonn.

- ***Christiane Thalgott***

Christiane Thalgott, geboren am 1. Mai in Breslau, studierte nach einer Ausbildung als Raumausstatterin Architektur an der TU Braunschweig und TU München. Von 1985–87 hatte sie einen Lehrauftrag an der Universität Kiel, Geographisches Institut für Planungsrecht und Stadtplanung. Christiane Thalgott wurde 1987 Stadtbaurätin in Kassel sowie Mitglied des Bauausschusses des Hessischen und des Deutschen Städtetages. 1992 wurde sie Stadtbaurätin in München und Mitglied des Bauausschusses des Bayerischen Städtetages. Seit 1996 hat Christiane Thalgott einen Lehrauftrag an der TU Berlin für Stadtentwicklungsplanung und Realisationsstrategien.

- ***Rotraut Weeber***

Dr. Rotraut Weeber, geboren 1944, studierte Soziologie, Anthropologie, Agrarsoziologie und Agrarpolitik in Köln, Hamburg und Heidelberg. Rotraut Weeber hatte einige Lehraufträge an verschiedenen Fachhochschulen und Universitäten, zuletzt am Städtebaulichen Institut der Universität Stuttgart. 1969 gründete sie zusammen mit ihrem Mann das interdisziplinäre Planungs- und Forschungsinstitut Weeber+Partner, Stadtplanung und Sozialforschung in Stuttgart. Seit 1989 Gründung eines weiteren Büros auch in Berlin. Weeber+Partner arbeiten überwiegend für öffentliche Auftraggeber in Bund, Ländern und Gemeinden sowie für Wohnungsunternehmen und soziale Einrichtungen. Gebiete: Stadtforschung, Sozialforschung,



Wohnen und soziale Infrastruktur, Struktur- und Bedarfsanalysen, Prognosen, Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitsarbeit.

Kommunitarismus

Bernhard Schäfers

I. *Was ist Kommunitarismus?*

Den Ausdruck Kommune kennen wir, auch Kommunion, Kommunikation, Kommunismus und einige mehr mit dem Gemeinsamkeit und Mitteilung verheißenden *communio* und *communicatio*. Und die Lateiner unter Ihnen haben das längst weitergedacht zum *bonum commune*: dem Gemeinwohl. Aber schon der Ausdruck *Kommune* ist doppelbödig: die Wohngemeinde kann hier ebenso gemeint sein wie die Pariser Kommune von 1871 oder das kollektive Wohnen junger Menschen. Und nun zusätzlich der neue Begriff *Kommunitarismus*. Der Wortschöpfung und der Absicht nach läßt er sich den bereits genannten Begriffen zuordnen: Gemeinsamkeit in bester Absicht, über kommunizierendes und tätiges Miteinander. Der Begriff ist abgeleitet von engl. *community*, was Gemeinde wie Gemeinschaft heißt, und wurde im deutschen deshalb so gern übernommen, weil es uns den alten und schönen, irgendwie unverzichtbaren, aber leider politisch ein wenig mißbrauchten Begriff der *Gemeinschaft* erspart. Wer hätte was gegen Gemeinschaft?! Aber „Volksgemeinschaft“ und danach Ulbrichts „sozialistische Menschengemeinschaft“? Historische Erfahrung signalisiert ein nachdrückliches „Nein danke!“

II. *Was will Kommunitarismus?*

Der vielleicht wichtigste Begründer des kommunitarischen Denkens in Amerika, der Soziologe Amitai Etzioni, ging in der Begründung seiner Theorie vor allem auf deutsche Quellen zurück, auf die intensive Diskussion um Gemeinschaft (und Gesellschaft) in den 20er Jahren, als dieses Konzept Gegenstand heftiger politischer Kontroversen war. Etzioni beruft sich nicht zuletzt auf den Religionsphilosophen Martin Buber und seine Sozialtheorie des Ich-Du-Verhältnisses als Basis der Gemeinschaft.

Der Kommunitarismus will vieles zugleich sein:

- ein Bollwerk gegen den Wertpluralismus mit der Verpflichtung auf erste feste normative Orientierung und eine als gut und gerecht erkannte Ordnung;
- eine Abwehr des isolierten Individualismus, wie er, so wird behauptet, vor allem von den Theoretikern des Liberalismus vertreten wird;



- eine Sicht auf den Menschen, daß Ansichten und Meinungen und Handlungen immer im Austausch mit anderen Menschen entstehen: der Mensch als das kommunitäre Wesen par excellence;
- in der Praxis möchte der Kommunitarismus das ethische Fundament für eine neue Bürgergesellschaft sein.

III. Was braucht Kommunitarismus?

Praktisch zugespitzt lautet die Frage: wieviel politisch und ethisch vertretbaren Gemeinsinn haben wir und brauchen wir angesichts einer „Gesellschaft der Individuen“ (Norbert Elias) und eines sich forcierenden Individualismus – des ökonomisch, rechtlich und sozial auf sich selbst gestellten Subjekts? Reichen Beschwörungsformeln wie Solidarität, Gemeinschaft, Generationsvertrag aus, um den ökonomisch und rechtlich ja auch gewollten Individualismus auf Gemeinschaftliches zu verpflichten? Was jetzt unter dem Begriff Kommunitarismus verhandelt oder gefordert wird, hat eine alte und breite Tradition. Seit Alexis de Tocqueville's unverzichtbaren und immer aktuellen Studien über die Demokratie in Amerika (aus den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts) gibt es eine ungebrochene Gewißheit: Demokratische Tugenden lassen sich nur in einer politischen Realität einüben, die für den Bürger überschaubar und nachvollziehbar ist. „Demokratischer Geist“ (Tocqueville) – in welcher Form auch immer ausgeprägt und institutionalisiert – braucht die Basis der Gemeinde. In Deutschland war es Freiherr von Stein, der nach dem Niedergang Preußens in den napoleonischen Wirren eine neue Gemeindeordnung forderte, um – in bewußter Anknüpfung an die Traditionen der Bürgerstädte des Mittelalters – durch Stärkung der Selbstverwaltung das bürgerschaftliche Engagement auch für den Staat zu festigen. Das hat gewirkt; und es war sicher eine der dümmsten Entscheidungen des DDR-Regimes, die Autonomie der Gemeinden aufzuheben, die Länder zu zerschlagen und in neuen „Bezirken“ das Geschick der Städte bestimmen zu lassen.

IV. Wer braucht Kommunitarismus?

In den 60er Jahren gab es in der Bundesrepublik eine erste Verlebendigung des Bürgergeistes in den sogenannten „Partizipationsbewegungen“, die eine Reaktion waren auf die bürgerschaftlich immer unkontrollierter ablaufenden Planungsprozesse im Wohnungs-, Städte- und Infrastrukturausbau. Damit ist nur angedeutet: Es ist in Deutschland eigentlich nicht erforderlich, kommunitarisches Gedankengut aus Amerika zu importieren. Meines Erachtens reichen die Verlebendigungen der eigenen Traditionen. Was aus den zahlreichen kommunitarischen Studien gleichwohl gelernt werden kann ist dieses: Welche Projekte gibt es wo und wie werden sie durchgeführt?

Wer möchte bestreiten, daß der Erfolg des kommunitarischen Denkens – zumal in den USA – auch damit zu tun hat, daß die Melodien des Kommunismus und Sozialismus durchgespielt sind und eine neue, bürger- und gemeindebezogene Sozialtheorie an deren Stelle tritt? Wer wollte bestreiten, daß die Kommune-Kassen leer sind und über den Kommunitarismus an den Bürgergeist erinnert wird. Den Bürgern wird gleichsam ihre Kommune zurückgegeben: hoch verschuldet. Entweder Bürgersinn regt sich und übernimmt die Turnhallen, die Bürgerhäuser, die Schwimmbäder, die Kindergärten – oder aber es wird alles geschlossen. Der Kommunitarismus ist eine in Amerika entwickelte Sozialtheorie, die sich gegen den Liberalismus und den hypertrophen Individualismus wandte; ihre Rezeption in Deutschland muß sehr kritisch erfolgen, weil die deutsche Gesellschaft – bis auf die 40 Jahre DDR – die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements in den mit Stolz bedachten Städten und Gemeinden nie aus dem Blick verloren hat.